



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

6. Jahrgang
Nr. 151, Okt./1 2020

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut <Allgemeine Erklärung der Menschenrechte>, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine <Meinungs- und Informationsfreiheit> vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der <Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens>, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Verbreitet das richtige Friedens-Symbol

Löscht das Todessymbol ☮, die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol aus; nutzt dazu euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es, damit aller Unfrieden und alles bösartige Unheil und Todbringende sich auflöst!



Geisteslehre Friedenssymbol



SSSC, 20. Mai 2018, 15.39 h, Billy

DER SPIEGEL HEIZT STIMMUNG AN

Das Magazin lenkt Hass auf Ken Jebsen
 Autor: Uli Gellermann, Datum: 20.05.2020

"Bei den Ermittlungen zum Angriff auf ein Kamerateam der "heute-show" gibt es womöglich eine neue Spur", schreibt der SPIEGEL online in einem Artikel mit dem Titel „Ken Jebsen nutzt Studio von attackierter TV-Produktionsfirma“. Mit dem Wort "womöglich" tarnt das Magazin eine Denunziations-Story, die dem Medien-Mann Ken Jebsen völlig unbewiesen, aber fast unverhüllt, die Schuld an einer Attacke auf ein ZDF-Team zuweist. "Wie aggressiv die Stimmung zum Teil ist, musste ein Kamerateam erfahren, das am 1. Mai auf einer sogenannten Hygienedemo an der Berliner Volksbühne für die ZDF-Satiresendung "heute-show" drehte." Das Team drehte in Wahrheit auf der Berliner Rochstrasse. Ziemlich weit vom Rosa-Luxemburg-Platz entfernt, dem Ort der Aktion für das Grundgesetz. Doch so wie der SPIEGEL sich den Tatort zusammenlügt, so lügt er sich auch eine Verbindung von Jebsen und dem betroffenen Kamera-team zusammen.

Wegbeschreibung für Selbstjustiz

Das von der Attacke betroffene TV-Team sei von einer Produktionsfirma, bei der KenFM, das Unternehmen von Ken Jebsen, manchmal auch ein Studio mieten würde, behauptet der Spiegel. Davon erzählt die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, die den Fall untersucht, nichts. Im Gegenteil: Zunächst waren sechs Tatverdächtige festgenommen worden; am Samstag wurden sie jedoch wieder auf freien Fuss gesetzt. Es ist kein Haftbefehl erlassen worden. Dass die Berliner Polizei, die nach irgendwelchen "linksradikalen" Tätern sucht, auch nicht mehr weiss, als dass es einen Anschlag gab, ist doch dem SPIEGEL egal. Hauptsache, er wird seine düsteren Etiketten los: "Die Zentrale des Verschwörungstheoretikers Ken Jebsen", glaubt das Magazin ausfindig gemacht zu haben. Und gibt dann auch schnell noch eine ziemlich präzise Wegbeschreibung bis zum Klingelschild für Leute, die einer wirren Anschuldigung des SPIEGELS folgend, Selbstjustiz üben möchten. Der SPIEGEL-TV-Beitrag schiebt Strasse, Hausnummer und Bilder nach.

Hass-Rhythmus für Attentäter

Schon seit Monaten, spätestens seit sich Ken Jebsen auf die Seite der Grundrechte-Verteidiger gestellt hat, läuft die Hetze auf fast allen Medien: Rechtsextrem seien die Teilnehmer an den Aktionen für das Grundgesetz und auch Verschwörungstheoretiker, orgelt der Mainstream und den Takt dazu schlagen Blätter wie Junge Welt und NEUES DEUTSCHLAND. Die Musik ist bekannt. Es ist jener Hass-Rhythmus, der zur Zeit der Protestbewegung gegen das SPRINGER-Medien-Monopol Teile der Bevölkerung so lange gegen die Studenten aufhetzte, bis sich ein Attentäter fand, der einen Anschlag auf eine Führungsfigur der 68er-Bewegung verübte: Rudi Dutschke.

Monopol der Mehrheitsmedien brechen

Und wieder geht es um Medien: Es sind alternative Medien im Internet, die das Monopol der Mehrheitsmedien brechen und eine verhasste Konkurrenz sind, die den amtlichen Verlautbarungsjournalismus das Fürchten lehren. Eine der herausragenden Alternativen ist die Plattform "KenFM" des Journalisten Ken Jebsen. Zu Jebsen weist der SPIEGEL jetzt nachdrücklich den Weg. Natürlich hat die BILD-Zeitung damals dem Dutschke-Attentäter keine Waffe in die Hand gedrückt. Aber die Springer-Blätter haben das Attentat emotional vorbereitet. Die Hasskampagnen von heute sind den damaligen zum Verwechseln ähnlich. Mit Ken Jebsen hätte der Mainstream einen erfolgreichen Rivalen aus dem Weg geräumt.

Kampf um die Medienmacht

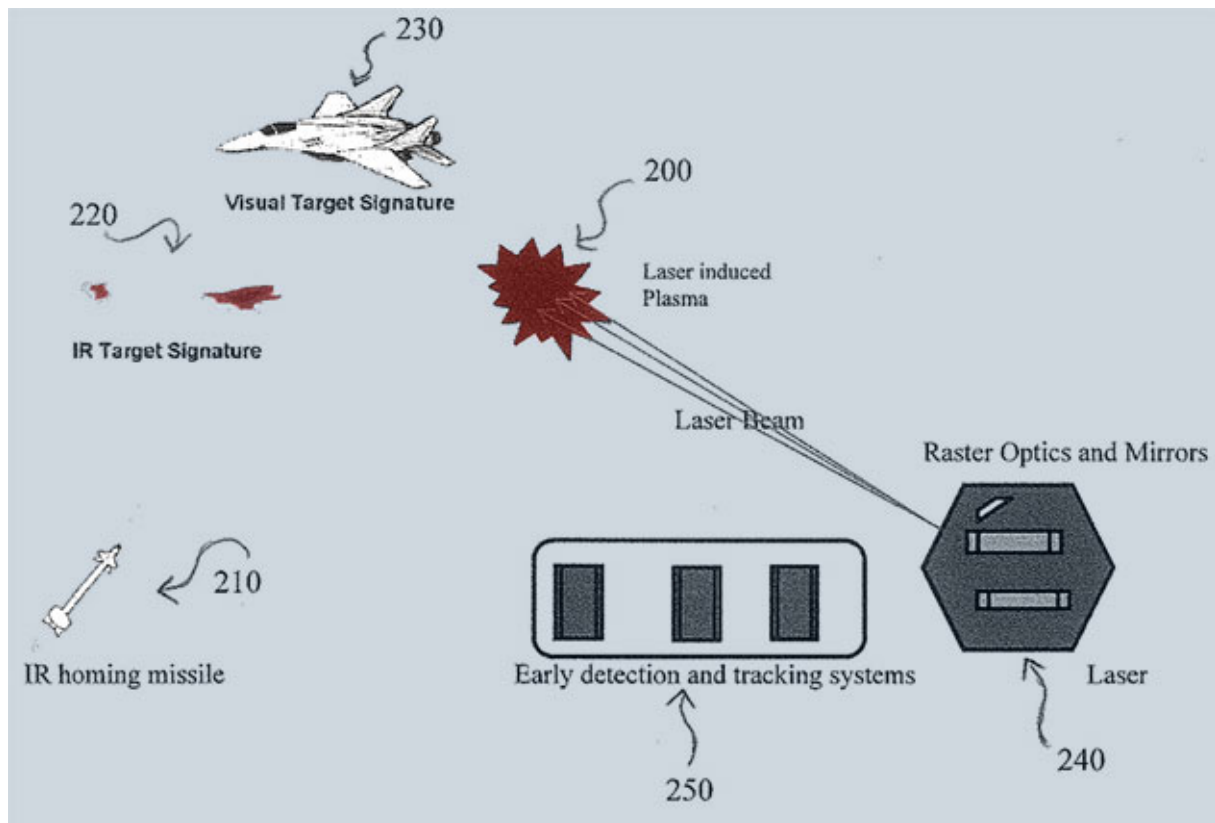
Immer noch denken auch LINKE, sie hätten mit dem Kampf um die Medienmacht im Land nichts zu tun: Es sind leider auch in den Augen linker Kollegen irgendwie Rechte, die eine andere, eine alternative Meinung zum Abbau der Grundrechte vertreten. Und dann muss man ja nicht solidarisch sein, dann kontaminiert man sich geradezu, wenn man auch für das Grundgesetz eintritt. Wenn dieser Irrtum sich erst danach herausstellt, wenn die Grundrechte so beschädigt sind, dass ihr Schaden auch bisher abseits stehende Linke betrifft, kann es zu spät sein.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/der-spiegel-heizt-stimmung-an>

Navy-Patent: Laser projiziert „Plasma-UFOS“ in den Himmel

Andreas Müller 24/05/2020

Schematisierte Darstellung der Funktionsweise der mittels Laser induzierten Plasmen zur Abwehr zielsuchender Raketen Copyright/Quelle: US Navy / patents.google.com



Copyright/Quelle: US Navy / patents.google.com

Washington (USA) – Während die Welt noch über die Natur und Herkunft unbekannter Flugobjekte rätselt, die auf drei offiziell vom Pentagon freigegebenen Mitschnitten der Bordinstrumente von Kampffjets der US-Navy zu sehen sind und auch vom US-Militär als „unidentifiziert“ eingestuft werden, beschreibt ein Patent von Navy-Wissenschaftlern eine neue Technologie, mit der mittels Lasern Trugbilder in die Luft und an den Himmel gezeichnet werden können. Ob die Technologie auch einige UFO-Sichtungen erklären kann ...?

Wie David Hambling in einem Artikel des Forbes-Magazine berichtet, hat die Technologie das Verwirren infrarotgestützter Raketen und anderer taktischer Sensorik zum Ziel. Es handele sich um das Ergebnis jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit und könne die Art und Weise, wie Flugzeuge etwa von hitzesuchenden Raketen geschützt werden können, revolutionieren.

Bereits seit den 1950er Jahren suchen Militärs nach Mitteln und Wegen, gerade Flugzeuge vor Angriffen durch zielsuchende Raketen in der Luft zu schützen. Grund für die Suche nach einer sicheren Abwehr sind die seit gleicher Zeit entwickelten Angriffssysteme, die sich die von Flugzeugen erzeugten Wärme- und Hitze-Infrarotsignaturen der Antriebe zu Nutze machen und diesen folgen, bis das Ziel erreicht und damit einhergehend meist auch zerstört ist. Als bisherige Lösung zur Abwehr derartiger Angriffe nutzen Militärflugzeuge meist sogenannte Täuschkörper, die vom Flugzeug aus abgeschossen oder abgeworfen werden und so die angreifenden Raketen für kurze Zeit vom eigentlichen Ziel ablenken. Die im Rahmen des „Laser Induced Plasma Effects“-Programms entwickelten Hochleistungslaser sind in der Lage, die Luft an einem Ort gezielt zu ionisieren und somit einen Ausbruch glühenden Plasmas zu erzeugen. 2011 zeigte das japanische Unternehmen „Aerial Burton Inc.“, dass sich auf ähnliche Weise durch schnell aufeinander abfolgende Plasmapunke auch rudimentäre 3D-Bilder in die Luft „malen“ lassen.

Die beschriebenen Technologien gepaart mit einer Technologie, die als „laser-induced plasma filaments“ (LIPF) bezeichnet wird und eine Art künstliche Blitze in mehreren hundert Meter Distanz zur Laserab-schusskanone produzieren kann, bilden die Grundlage der nun patentierten Technologie.

Das Interessante an der LIPF-Technologie ist dabei, dass das System Licht in unterschiedlicher Wellen-länge projizieren kann: sichtbares Licht, Infrarot, UV und selbst Terahertzwellen. Auf diese Weise ist das neue Navy-System in der Lage, regelrechte Phantombilder nicht nur im sichtbaren Spektrum, sondern etwa auch mit einer Infrarotsignatur zu erzeugen, die dann auch auf eben diesen Signaturen basierende angreifende Raketensysteme täuschen kann.

Während die Navy es gegenüber Hambling abgelehnt habe, das Projekt zu diskutieren und zu kommen-tieren, wird es in einem US-Patent von 2018 (US20200041236A1) eingehend erläutert. Darin heisst es: „Die Laserquelle wird an der Aussenseite eines Flugzeuges montiert und kann so laserinduziertes Plasma erzeugen, das dann als Täuschkörper für angreifende Systeme dienen kann.“

Mit dem System können, so die Patentbeschreibung, mittels eines als „Raster Scanning“ bezeichneten Vorgangs, sowohl zwei- als auch dreidimensionale Bilder in die Luft gezeichnet werden. Das System wäre damit also mit der Erzeugung von Fernsehbildern mittels Kathodenstrahlröhren in alten TV-Geräten zu vergleichen.

Laut dem Patent könne das System eine angreifende Rakete zu 50 Prozent ablenken, besonders, wenn das System dem Angreifer gleich mehrere Ziele vorgaukle. Auf diese Weise könne das System die angreifende Rakete nicht nur vom ursprünglichen Ziel ablenken, sondern diese sogar vollständig von diesem wegführen. Bisherige Systeme waren dazu nicht in der Lage. Auf diese Weise könnten dann nicht nur einzelne Flugzeuge, sondern auch Schiffe, Flottenverbände oder gar ganze Städte geschützt werden. „Die auf diese Weise in der Luft erzeugten Plasmafilamente können dabei mehrere hundert Meter Ausdehnung erreichen“, erläutert der das Patentprojekt leitende Forscher Alexandru Hening vom Space and Naval Warfare Systems Center Pacific schon 2017 im IT-Magazin der US Navy. „Die nächste Generation dieses Systems könnte die Projektionsfläche dann vermutlich sogar auf mehrere Kilometer ausdehnen und auf diese Weise „Phantome“ kilometerweit von der eigentlichen Laserquelle entfernt projizieren.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Frage nach der Herkunft und Natur der Objekte auf den Videoaufnahmen des Pentagon (...GreWi berichtete), verweist der Forbes-Autor Hambling auf die Ähnlichkeiten zu dem, was die Plasmalaser als Phantome an den Himmel zaubern könnten. Tatsächlich zeigen die dokumentierten Objekte unglaubliche Geschwindigkeiten und Manöver und besitzen auch eine Signatur im Infrarotbereich: „Beides liegt absolut im Bereich der neuen Technologie.“ (Anm. GreWi: Allerdings dürfte eine solche Projektion eine für ein solides Objekt charakteristische Radarortung zulassen, wie sie im Falle der Objekte auf den Navy-Videos geortet werden konnte.)

Zugleich hält es aber auch Hambling für sehr unwahrscheinlich, dass das Pentagon selbst Videos veröffentlichten würde, die das Ergebnis seiner eigenen Geheimwaffenentwicklung offenbaren würde: „Das wäre schon ein merkwürdiger Doppel-Bluff.“ Hingegen stelle sich die Frage, ob es sich bei den in den Videos zu sehenden Objekten um das Ergebnis ähnlicher Entwicklungen anderer Staaten handeln könnte: „Schon in den 1990er Jahren behaupteten die Russen, in grosser Höhe mittels Hochleistungsmikrowellen und Lasern glühende ‚Plasmoide‘ erzeugen zu können, die ballistische Raketen zerstören könnten und als Antwort auf das US-amerikanische ‚Star Wars‘-Programm galten.“ Zwar sei aus diesem Projekt nichts geworden, doch die Technologie könnte in den vergangenen Jahrzehnten wieder aufgegriffen und weiterentwickelt worden sein, gibt abschliessend Hambling zumindest zu bedenken.

Quelle:forbes.com@grenzwissenschaft-aktuell.de

Quelle: <https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/navy-patent-laser-projiziert-plasma-ufos-in-den-himmel20200524/>

In Radebeul soll eine Wahl rückgängig gemacht werden

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 25. Mai 2020

Seit Kanzlerin Merkel aus Südafrika verfügt hatte, dass die Wahl des FDP-Landtagsabgeordneten Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten rückgängig gemacht werden muss, ist jeder Respekt vor den Ergebnissen demokratischer Wahlen verschwunden.

Was in Thüringen geklappt hat, soll nun in Radebeul wiederholt werden. Dort wurde auf Vorschlag der CDU mit den Stimmen der AFD der renommierte Schriftsteller Jörg Bernig, Träger vieler Preise, unter anderem auch des Kunstpreises der Stadt Radebeul, zum Kulturamtsleiter seiner Heimatstadt gewählt.

Sofort nach der Wahl begann eine Kampagne gegen Bernig, bei der vor allem das bekannte Totschlag-Argument zum Einsatz kam, bei Bernig würde es sich um einen „neurechten“ Vordenker handeln.

Als Beleg wurde angeführt, dass Bernig neben vielen andern Publikationen auch für das, wie der MDR schreibt, „nach eigener Definition neoreaktionäre „Tumult“-Magazin und die vom Aktivist Götz Kubitschek verantwortete Zeitschrift „Sezession“ geschrieben hat. Neuerdings wird letztere vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextremer Verdachtsfall“ geprüft. Das war allerdings zur Zeit, da Bernig seinen Beitrag lieferte, noch nicht der Fall. Zudem wird Bernig vorgeworfen, die „Gemeinsame Erklärung 2018“, die sich gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung wandte und von über 165 000 Menschen unterstützt wurde, unterstützt zu haben.

Das genügt für linke „Kulturschaffende“, in einem „Offenen Brief“ ihr „Entsetzen und Unverständnis“ über die Wahl zu äussern. Bernig stehe angeblich im Widerspruch zu all dem“, was „die Radebeuler Kulturlandschaft seit Jahrzehnten prägt und einzigartig macht“.

Natürlich wird weder definiert, was diese „Einzigartigkeit“ ausmacht, von der man den Verdacht haben muss, dass die vor allem in ihrer linken Einförmigkeit besteht. Dann wäre Bernig allerdings der richtige Mann, diese Einseitigkeit aufzulösen und wieder Vielfalt, die von den Linken zwar gefordert, tatsächlich aber unterdrückt wird, zuzulassen. Aber vor nichts scheinen die „weltoffenen“ Kulturschaffenden und ihr Klientel so grosse Angst zu haben, wie vor der Meinung Andersdenkender. Statt demokratischer Diskurs, Austausch unterschiedlicher Argumente, soll ideologischer Einheitsprech herrschen.

Um ihr Ziel durchzusetzen, haben mehrere Kulturschaffende, darunter der Free-Jazz-Musiker Günter Sommer angedroht, ihre Kunstpreise der Stadt Radebeul zurückzugeben, sollte Bernig tatsächlich ins Amt kommen.

Warum wird nur gedroht, statt zur Tat zu schreiten? Sollte das damit zusammenhängen, dass man konsequenterweise dann auch die Dotierung zurückgeben müsste?

Die Kampagne gegen Bernig wird von den üblichen Medien begleitet. Die spannende Frage ist, ob die Ratsherren, die für Bernig gestimmt haben, die Nerven behalten und nicht einknicken. Wenn das Ergebnis von Wahlen nicht mehr akzeptiert wird, weil es den Linken nicht passt, ist die Demokratie perdu.

Vor allem sollte auch Bernig nicht den gleichen Fehler machen wie seinerzeit Kemmerich und standhalten. Wer Bernig unterstützen will, sollte sich an den Oberbürgermeister von Radebeul, Bert Wendsche, wenden:

obm@radebeul.de.

Wer schweigt, stimmt zu!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2020/05/25/in-radebeul-soll-eine-wahl-rueckgaengig-gemacht-werden/#more-5314>

In welche Zukunft gehen wir?

Die Coronakrise hat uns die bedrohlichen Auswirkungen der neoliberalen Politik im Gesundheitswesen vor Augen geführt, insbesondere die Privatisierung des ehemals staatlichen Gesundheitswesens.

Von JOHN P. NEELSEN, 25.5.2020



Die Ausgangslage

Weltweit geht ein Gespenst um: die Angst vor COVID-19. Täglich, gar stündlich berichten seit Wochen alle Medien über die jüngsten Entwicklungen. Inzwischen sind über 180 Länder betroffen, fast die Hälfte der Weltbevölkerung befindet sich in mehr oder weniger strikter Quarantäne. Schulen, Universitäten, Theater, Kinos und Geschäfte sind geschlossen, Sportveranstaltungen wurden abgesagt, Urlaubsreisen storniert, Flughäfen stillgelegt. Kontaktvermeidung ist geboten, Versammlungen sind untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbussen, im Wiederholungsfall sogar mit Gefängnis bestraft. Dörfer und Städte sind verkehrsberuhigt, nur absolut notwendige Dienstleistungen, so im medizinisch-pflegerischen Bereich oder bei Müllabfuhr und Post, dürfen erbracht werden. Den Grossteil der Zeit verbringen die Menschen in ihren meist zu engen vier Wänden. Die Pandemie verändert absehbar die Arbeitswelt, Telearbeit ist angesagt, die Wohnung wird zum Büro. In den reichen Ländern übernimmt der Staat wenigstens einen Teil der Einkommensausfälle in Form von Kurzarbeitergeld (in Deutschland 60 bis 67 Prozent des bisherigen Nettoarbeitseinkommens), Direktzahlungen an Kleinunternehmer, Steuerstundungen oder günstigen Kre-

diten; in den USA erhält jeder Bürger einen Gutschein über 1 200 Dollar (Helikoptergeld). Zentralbanken und Regierungen, EU und IWF stellen 8 Billionen Dollar zur Verfügung, um den Einbruch von nationalen Ökonomien, Weltwirtschaft und Welthandel abzufedern. Allerorts herrscht Unsicherheit, ein Ende ist nicht abzusehen. Sicher ist nur, dass der Gesundheitskrise eine noch viel drastischere und längere Wirtschaftskrise folgen wird.

Von Wuhan in die Welt

Ende Dezember 2019 wurden die ersten Fälle aus Wuhan offiziell gemeldet: In der 11-Millionen-Metropole in der zentralchinesischen Provinz Hubei hatten sich Menschen mit einem grippeähnlichen Virus infiziert. Erst nach einiger Zeit wurde klar, dass es sich um ein völlig neues Virus handelt, dessen Übertragungsrate, zeitliche und räumliche Ausbreitungsdynamik, Inkubationszeit sowie Letalität unbekannt sind. Es gibt keinen Impfstoff – und entsprechend auch keine natürliche Immunität. Drastische Massnahmen mit letztlich totaler Kontakt- und Ausgangssperre der Einwohner von Stadt und Provinz wurden ergriffen, um das Virus „auszuhungern“ und seine Ausbreitung zu verhindern – mit begrenztem Erfolg. Als Verkehrsknotenpunkt, technologisches und ingenieurwissenschaftliches Zentrum mit bedeutender Stahl- und Autoindustrie ist Wuhan nicht nur mit dem nationalen, sondern durch rund 6 000 dort investierte ausländische Konzerne auch mit dem internationalen Markt eng verflochten. Und so wurden bei den ersten im benachbarten Ausland (Thailand, Taiwan, Singapur, Japan), dann in Europa (Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Italien) und den USA registrierten Coronaerkrankungen direkte Verbindungen zu Wuhan nachgewiesen. Während die Zahl der Neuinfektionen in China mittlerweile stagniert, die Ausgangs- und Reisesperre für Wuhan nach zweieinhalb Monaten aufgehoben ist und die Produktion sukzessive wieder aufgenommen wird, hat sich das Virus zunächst vor allem in Westeuropa und dann in Nordamerika verbreitet. Nun wird eine starke Infektionswelle im globalen Süden befürchtet – mit grossen Bevölkerungsverlusten angesichts dort herrschender Armut, beengter Lebens- und Wohnverhältnisse sowie eines unzureichenden Gesundheitswesens.

Da die erfolgreiche Entwicklung und der breitenwirksame Einsatz eines Impfstoffes erst in zwölf bis 18 Monaten erwartet wird, setzt man auf eine „Herdenimmunität“, die bei einer Durchseuchung von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung erreicht ist. Dabei ist nicht abzusehen, inwieweit Neuinfektionen beziehungsweise zweite Infektionswellen auftreten werden. So läuft die Strategie der Immunisierung darauf hinaus, durch Kontaktsperren oder auch durch weitgehende Isolierung besonders gefährdeter Gruppen den Infektionsprozess zeitlich so zu strecken, dass eine Überforderung des Gesundheitswesens vermieden wird.

Die Datenlage

Die Gesamtzahl der offiziell Infizierten ist national wie global sehr gering und spiegelt keinesfalls die tatsächlichen Verhältnisse wider.² Denn Anzahl, Anwendung und Auswertung der Tests sind völlig unzureichend. So wurden etwa in Frankreich bei einer Gesamtbevölkerung von 66 Millionen zwischen 10. März und 10. April lediglich 63 118 Tests durchgeführt.³ Doch selbst das Ergebnis mit 27 Prozent positiv und 73 Prozent negativ Getesteten ist nicht zuverlässig, da wegen unsachgemässer Abstriche von einem Drittel „falsch negativer“ Ergebnisse auszugehen ist. Mit anderen Worten: Die faktische Zahl der Infizierten dürfte überall die offiziellen Angaben um ein Vielfaches übersteigen. Doch ganz gleich, welchen Multiplikator man zugrunde legt, von der anvisierten „Herdenimmunität“ ist man angesichts einer nachgewiesenen Infektionsquote von maximal 0,3 Prozent (Spanien) überall noch weit entfernt.

Am 31. Dezember 2019 informierte die chinesische Regierung die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Ausbruch der neuartigen Atemwegserkrankung. Einen Monat später rief die WHO wegen des nunmehr als SARS-CoV-2 bezeichneten Virus einen weltweiten Gesundheitsnotstand aus. Am 11. März folgte angesichts dramatisch steigender Infektionszahlen die Erhebung zur Pandemie. Doch anders als in Südkorea, Thailand, Taiwan, Singapur und Japan wurden diese Warnungen ebenso wie die praktisch zeitgleich registrierten ersten Infektionen von den Regierungen Westeuropas weitgehend ignoriert, was sich später in einem Mangel an medizinischer Ausrüstung, Schutzmitteln und Intensivbehandlungskapazitäten zeigte.⁴ Die Verlaufskurven sowie die Zahl der Erkrankungen, Todesfälle und Geheilten unterscheiden sich zwischen Asien und Europa bis heute erheblich.⁵ Der Verlauf variiert auch je nach Altersgruppe: Kleinkinder werden im Regelfall gar nicht infiziert; ein erheblicher Anteil von Jugendlichen weist keine Krankheitssymptome auf, ist aber gleichwohl infiziert und damit Überträger des Virus. Ältere Menschen schliesslich – besonders die über Siebzigjährigen – sind besonders anfällig und stellen die grösste Risikogruppe dar. Im Durchschnitt entwickelt jeder fünfte Infizierte schwere bis schwerste Symptome.⁶

Neben einer zeitlichen und territorialkontinentalen Verschiebung der Infektionen mit Auswirkungen auf die nationale und internationale Wirtschaftstätigkeit legt das Virus auch soziale Ungleichheiten offen. Zwar sind inzwischen in 185 Ländern Menschen positiv getestet worden, doch noch betrifft die Epidemie offiziellen Zahlen zufolge hauptsächlich die reichen Länder: Aus ihnen stammen annähernd drei Viertel der Infizierten (29 Prozent aus den USA, 46 Prozent aus der EU). Und auch die rund 96 000 bislang gezähl-

ten Todesfälle wurden zu 80 Prozent aus diesen Ländern gemeldet, zwei Drittel allein aus der EU. Im Vergleich dazu ist der globale Süden weit weniger betroffen. Der Hintergrund ist einfach: keine Tests, keine Infizierten, keine COVID-19-Opfer. So weist Indien mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern mit 6 700 nur wenig mehr Infizierte auf als Irland mit 5 Millionen oder Norwegen mit 5,4 Millionen Einwohnern. Ein ähnliches Bild zeigt sich für so bevölkerungsreiche Länder wie Indonesien (274 Millionen Einwohner, 3 500 Infizierte) oder Nigeria (206 Millionen Einwohner, 288 Infizierte). Insgesamt ist die medizinische Infrastruktur in diesen Ländern materiell, personell und institutionell bereits im Normalfall unzureichend und bei einer Pandemie des COVID-19-Ausmasses völlig überfordert. Und wo in der akuten Coronakrise schon die reichen Staaten an ihre Grenzen stossen, gilt dies erst recht für die Länder der Dritten Welt, inklusive Schwellenländer. Dort findet sich nur punktuell und zugänglich allein für die Elite eine adäquate diagnostische und medizinische Infrastruktur; nur für diese Privilegierten reichen auch die Mittel zur Beschaffung der notwendigen, stark umkämpften Ausrüstung auf dem Weltmarkt. So bleibt der überwältigenden Mehrheit der Menschen im globalen Süden nur die Hoffnung auf die nach bisherigen Erfahrungen mit COVID-19 weit weniger anfällige Jugendlichkeit ihrer Bevölkerung, in der das mittlere Alter wesentlich unter dem in den reichen Industrieländern liegt. Denn selbst wenn wie in Indien oder Brasilien staatlicherseits ein „Shutdown“ angeordnet wird, lässt sich die Ansteckungsgefahr insbesondere in den urbanen Slums und Favelas mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte, ihren mangelhaften sanitären Einrichtungen und höchst beengten Wohnverhältnissen nicht verhindern.

Neoliberalismus und Seuchen

Mit zunehmenden Infektionszahlen eroberte das Coronavirus die Schlagzeilen und bestimmt seit Mitte März weltweit Regierungshandeln, Wirtschaftsunternehmen, Finanzinstitutionen inklusive Börsen und verschiedene Organisationen der UN. Dabei ist der vermittelte Eindruck eines völlig unvorhersehbaren, mit einem Erdbeben vergleichbaren Ereignisses falsch.

Denn Seuchen wie Schweinepest, Rinderwahn, Vogelgrippe oder direkt die menschliche Gesundheit bedrohende Viren wie Ebola oder SARS sind nicht neu. Auch der Weltrisikobericht des Weltwirtschaftsforums von 2020 nennt Epidemien als ein zentrales Risiko. Und die Bundesregierung hatte ebenso Pläne für solche Eventualitäten vorbereitet wie Frankreich im Zuge der SARS-Epidemie von 2003.⁷ Schon in der Vergangenheit zeigte sich die produktivistische Landwirtschaft mit Monokulturen und genetisch veränderter Massentierhaltung hoch anfällig für Tierseuchen. Auch die negativen Auswirkungen des massiven Einsatzes von Pharmaka auf das menschliche Immunsystem, inklusive wachsender Resistenzen, sind bekannt.

Heute kommen noch allgemeinere sozialökologische Faktoren hinzu. Im speziellen Fall von COVID-19 geht es um den weltweiten Handel (Schmuggel) mit wilden Tieren. Mit einem Schätzwert von 7 bis 23 Milliarden US-Dollar belegt er den vierten Platz der weltweiten Handelsströme. Das als Zwischenwirt für die Übertragung von SARS-CoV-2 verantwortlich gemachte Pangolin, ein für die Züchtung ungeeigneter Insektenfresser, ist ein klassisches Beispiel: Wegen seines Leders, seiner Schuppen, seines Fleisches sowie der ihm zugeschriebenen Heilkräfte ist es das am meisten gewilderte und pro Jahr zu Hunderttausenden geschmuggelte Säugetier, das seit 2016 auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten steht. Eher im Süden Chinas und den Nachbarländern Vietnam, Myanmar, Thailand und Laos zu Hause, dürfte es durch Schmuggler auf den Markt von Wuhan gelangt sein.⁸

Das Mensch-Umwelt-Verhältnis hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts drastisch gewandelt. Durch den Eingriff des Menschen überschneiden sich dessen Lebensräume zunehmend mit denen von Tieren und Pflanzen. Die natürlichen Milieus der verschiedenen Arten wurden zu Land zu 75 Prozent, zur See zu zwei Drittel modifiziert, wenn nicht zerstört. Die fortschreitende Durchdringung und private Aneignung von der bis dahin weitgehend unberührten Natur zwecks kommerzieller „Inwertsetzung“ bedroht die Biodiversität, engt typische Biotope ein, zwingt ihre Bewohner zur Migration in Dörfer und Städte und erleichtert so die Übertragung von Keimen.⁹

Diese Entwicklung dürfte sich im Zuge der Klimaerwärmung, der damit verbundenen Verschiebung der Temperaturzonen und mit ihnen der Pflanzen- und Tierwelt weiter verschärfen. Darauf weist die jüngste Verbreitung des Zikavirus durch Stechmücken in Brasilien oder das Vordringen der Malaria in bisher nicht immunisierte Bevölkerungsgruppen Afrikas als Folge der Wanderung von Moskitos hin. Ähnliche Befürchtungen beziehen sich auf die Ausbreitung des Dengue-Fiebers bis nach Europa. Mit anderen Worten: Epidemien sind ein systemischer Faktor unserer Gesellschaftsordnung und Lebensweise geworden. Nicht anders als bei Wirtschaftskrisen sind allein Zeitpunkt des Ausbruchs, Schwere und Verbreitung unsicher.

Die Coronakrise hat uns die bedrohlichen Auswirkungen der neoliberalen Politik im Gesundheitswesen vor Augen geführt.¹⁰ Als Folge der allgemeinen Privatisierungsstrategie auch im Gesundheitswesen und im Bestreben nach Kostenreduzierung war die Produktion von Medikamenten in internationale Wertschöpfungsketten ausgelagert worden, im konkreten Fall vor allem nach China und Indien. Ebenfalls aus

Kostengründen hatte man etwa in Frankreich die früher eingelagerten 1,3 Milliarden Atemschutzmasken auf 170 Millionen reduziert und die einheimische Produktion auslaufen lassen.

Das Ergebnis zeigt sich in der aktuellen Krise: Die gleichzeitige massenhafte Nachfrage nach Schutzkleidung, Beatmungsgeräten, Masken sowie Medikamenten in Westeuropa und den USA konnte lokal nicht befriedigt werden. Ein internationaler Wettbewerb um Lieferzeiten und Mengen wurde entfesselt, die Preise explodierten, nichtmarktmässige Mittel wurden eingesetzt. Die Einheit der EU galt plötzlich ebenso wenig wie die viel beschworene westliche/atlantische Wertegemeinschaft – sie erwiesen sich als brüchig angesichts der Priorisierung nationaler Interessen.¹¹

Der Krankenhausbereich entwickelte sich ähnlich: Die Privatisierung des ehemals staatlichen Gesundheitswesens zog eine generelle Kommerzialisierung der medizinischen Versorgung nach sich. Börsennotierte Klinikverbünde mit über 100 000 Mitarbeitern und mehreren Milliarden Umsatz setzten auch das staatliche Gesundheitssystem unter Kostendruck.¹² In der Folge wurden Bettenzahl und/oder Personal drastisch reduziert. Verschärft wurde die Situation noch unter dem Druck der Austeritätspolitik, wie sich heute in den von der Coronaepidemie besonders betroffenen Ländern Italien und Spanien zeigt. In der aktuellen Krise, in der rund 40 Prozent der Infizierten im Krankenhaus behandelt werden müssen, davon ein Viertel auf der Intensivstation, hat der strukturell induzierte Mangel – angefangen bei Schutzkleidung bis hin zur Intensivbehandlung – nicht nur für die Patienten, sondern auch für das ärztliche und das Pflegepersonal tragische Folgen.¹³

Von der Gesundheits- zur Wirtschaftskrise

Die Pandemie hat einen zeitlich begrenzten Horizont. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise dürften dagegen viel einschneidender sein und länger andauern: Schon jetzt zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Globalisierung und der Rolle des Staates ab. Und während heute die älteren Jahrgänge als besonders gefährdete Risikogruppen der öffentlichen Solidarität und staatlichen Fürsorge anempfahlen werden, sind es speziell die Jüngeren, deren Lebensperspektiven langfristig bedroht sind.

Auch wenn auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Billionen an Finanzmitteln für Unternehmen bereitgestellt werden,¹⁴ sind massiv steigende Verarmung, Arbeitslosigkeit und Unternehmensinsolvenzen unvermeidlich – umso mehr, je länger Kontakt- und Ausgangssperren in Kraft, Geschäfte geschlossen und Produktionen unterbrochen sind. Doch nicht nur die Geschäftsmodelle der am Endkunden orientierten Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, die Grundlagen der auf ständigem Wachstum und Konsum basierenden privatkapitalistischen Marktwirtschaft selbst sind potenziell infrage gestellt. Hatte schon die Bewältigung der 2008/2009 von den USA ausgehenden Subprime-Finanz- und Wirtschaftskrise Jahre gedauert, dürften die Perspektiven für eine Erholung nach Eindämmung der Coronapandemie angesichts drastisch erhöhter Haushaltsdefizite, Verschuldung von Privatunternehmen und Staat kaum besser sein.¹⁵ Dies gilt auch für die Bundesrepublik – trotz Prognosen des Sachverständigenrates vom 22. März beziehungsweise der jüngst veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose von vier führenden Wirtschaftsinstituten.¹⁶ Deren Modelle erwarten nach einem kurzfristigen Einbruch von 4 bis 5 Prozent im zweiten Quartal ein rasches Wiedererstarken der Wirtschaft und einen Wachstumsschub von bis zu 6 Prozent im Jahr 2021. Diese Einschätzungen basieren aber nach eigenen Aussagen auf unsicheren Grundannahmen. Noch dazu sind sie sehr optimistisch, was den Zeitpunkt der Aufhebung der Restriktionen (nach Ostern), ein unterstelltes weitgehend unverändertes Verbraucherverhalten sowie stabile Inlandsnachfrage und Exporte betrifft.¹⁷

Für den globalen Süden sind die Aussichten freilich noch schlechter: Wertschöpfungsketten wurden unterbrochen, Firmen geschlossen, Arbeiter nach Hause geschickt. Das Virus wird in alle Landesteile getragen, die schlimmsten Folgen der Epidemie stehen noch bevor. Bis zu 75 Prozent der Menschen in den 47 ärmsten Entwicklungsländern mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 1 025 US-Dollar haben noch nicht einmal Zugang zu fliessendem Wasser und Seife, obwohl Händewaschen zu den absolut notwendigen antiviralen Schutzmassnahmen gehört. Schon jetzt wird der Lebensstandard von Familien und ganzen Regionen abgesenkt, da sie zumeist – so in Indien zu 90 Prozent – im informellen Sektor beschäftigt, damit faktisch Tagelöhner ohne Arbeitsvertrag sind und eine Sozialversicherung nur in Ansätzen existiert.

Daten der UNO prognostizieren aufgrund des heruntergefahrenen Welthandels Einnahmenausfälle in Höhe von 225 Milliarden US-Dollar. Bereits jetzt wird eine verdreifachte Kapitalflucht (100 Milliarden US-Dollar) registriert, eine Verringerung um 30 bis 40 Prozent bei Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) einkalkuliert. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sieht die Vernichtung von bis zu 25 Millionen Arbeitsplätzen und damit den Verlust von bis zu 3,4 Billionen US-Dollar an Arbeitseinkommen voraus.¹⁸ Die Forderung nach Schuldenerlass für die Dritte Welt und die vom IWF in Aussicht gestellten 120-Milliarden-Dollar-Kredite, für die bereits neunzig Regierungen Schlange stehen, werden die Verluste nicht kompensieren können. Die Erfüllung der bis 2030 zu realisierenden „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ – unter anderem im Bereich Ernährungssicherheit und Zugang zu sauberem Wasser – ist gefährdet, die ganze neoliberale Strategie nachholender Entwicklung durch Marköffnung und Integration in die interna-

tionale Arbeitsteilung infrage gestellt. Angefangen bei den Gesundheitssystemen wird der Kollaps ganzer Volkswirtschaften beschworen, gewaltsame Unruhen, gefolgt vom Zusammenbruch der Staatswesen, sind nicht ausgeschlossen.¹⁹

Politik in Zeiten der Krise – Nationalismus nach aussen, Autoritarismus nach innen

Die grosse Politik ist aus dem öffentlichen Diskurs weitgehend verbannt. Gleichwohl bestehen die zentralen internationalen Konfliktherde wie die Kriege in Jemen, Syrien oder Afghanistan, die Sanktionspolitik gegen Iran und Venezuela oder die Auseinandersetzungen um Fördermengen und Marktanteile bei Erdöl und Gas und schliesslich der Kampf um Hegemonie zwischen den USA und China weiter. Deutliche Worte fand auch hier US-Präsident Donald Trump, als er wiederholt vom „chinesischen Virus“ sprach oder der WHO mit Entzug der amerikanischen Zahlungen (22 Prozent ihres Haushaltes) drohte, weil sie die Bewältigung der Coronakrise durch Peking zu stark gewürdigt habe. Und wenn Venezuela, Russland und China Hilfslieferungen und Ärzte zur Bekämpfung der Coronaepidemie ins europäische Ausland schicken, wird dies als politisches Manöver zu Machtgewinn, Einflussnahme auf Regierungen und Spaltung bisheriger Verbündeter des Westens interpretiert.

Auffälligstes Merkmal nach Ausbruch der Pandemie war der ausgeprägte Nationalismus, wenn nicht gar Subnationalismus. Eine allgemeine „Rette sich, wer kann“- und „Alle gegen alle“-Haltung machte sich breit. Selbst in der EU, Sachwalter einer paneuropäischen Friedensordnung durch Integration und Kooperation sowie Vorreiter der Globalisierung und des freien Welthandels, wird keine Ausnahme gemacht: Mag das Virus auch noch so global sein, die Grenzen wurden geschlossen. Statt der Gemeinschaft wurde der Ausländer als bedrohlicher „Anderer“ wiederentdeckt, vor dem die eigene Bevölkerung zu schützen und im Kampf gegen die Seuche mit allen Mitteln zu bevorzugen sei. Auch wenn zwischenzeitlich zahlreiche Infizierte aus Frankreich oder Italien zur Intensivbehandlung in Deutschland, Luxemburg oder Belgien weilen, ist fraglich, ob diese humanitäre Geste ausreicht, um einer vertieften Solidarität in der EU den Weg zu ebnen. Die Kontroverse über gemeinsame Coronabonds, die besonders den schon vor der Epidemie hochverschuldeten (südlichen) EU-Mitgliedstaaten den Wiederaufbau erleichtern sollen, lässt daran eher zweifeln.²⁰ Und die, infolge der Epidemie, zu erwartende weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Ungleichheit dürfte die Fragmentierung noch verschärfen und rechtspopulistischen Parteien in Europa in die Karten spielen. Gesundheit ist formal kein vergemeinschaftetes Gut, Pandemien aber sind transnational, kennen keine Grenzen. Wir befinden uns im Krieg, sagt Frankreichs Präsident, doch es gibt kein Äquivalent zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die real existierende EU ist fragiler denn je.

In den USA finden sich nationalistische Züge der Ausgrenzung und bevorzugten Materialbeschaffung medizinischen Gerätes auf Kosten der Alliierten. Angefangen beim Einreiseverbot bis zur Blockierung von Exporten und Umleitung beziehungsweise Last-Minute-Aufkauf von Bestellungen nutzen sie ihre überlegenen Macht- und Finanzmittel aus. Die Grundprinzipien von Solidarität, Gleichheit und Vertragstreue im internationalen Handel, von allgemeinen Menschenrechten gelten nur, wenn sie dem nationalen Interesse dienen.

Typischerweise waren nationalistische – im Gegensatz zu nationalen – Bewegungen immer auch mit Ausgrenzung von Fremden innerhalb der eigenen Gesellschaft verbunden. Die im Zuge der aktuellen Epidemie berichtete Nichterfassung von arabischen Bürgern in Israel oder die besondere Konzentration der Sicherheits- und Gesundheitsbehörden auf Roma in der Slowakei²¹ mögen extrem sein, reihen sich aber in ein Grundschema ein, das in der EU gegen Immigranten besonderen Ausdruck gefunden hat und sich aktuell im Aufnahmestopp von Geflüchteten aus den überfüllten Lagern in Griechenland (und Italien) ebenso spiegelt wie umgekehrt in der erlaubten Rekrutierung von Asylbewerbern als Erntearbeiter unter Aussetzung aller Kontakt- und Reiserestriktionen.

Bürgerliche Freiheiten – Opfer der Pandemie?

Nicht wenige kritische Stimmen sehen jeden Vergleich mit der „Spanischen Grippe“ nach dem Ersten Weltkrieg, die über 50 Millionen Opfer forderte, als abwegig und fürchten eher eine langfristige Aushebelung der bürgerlichen Rechte.²² In der Tat wurden im Namen der Seuchenbekämpfung historisch hart erkämpfte bürgerliche Freiheitsrechte, etwa die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, in bislang unvorstellbarem Ausmass eingeschränkt. Ein Verstoß wird mit Bussgeldern, im Wiederholungsfall gar mit Gefängnis bestraft. Erinnerungen an Zeiten schlimmster Diktatur und Krieg werden wach. Von Medien, Wissenschaft und Politik unisono als wünschenswert und absolut notwendig eingefordert, hat die Öffentlichkeit den Ausnahmezustand im Namen der eigenen Gesundheit und des Schutzes von Menschenleben akzeptiert und legitimiert.

Zugleich ist eine Stärkung der Exekutive auf Kosten des Parlamentes, der Regierung auf Kosten der Opposition zu beobachten. In der Krise treten alle Konflikte und Divergenzen hinter dem Volk in seiner Gesamtheit zurück, der Schulterschluss jenseits aller Parteidifferenzen ist gefragt. Eine entschlossene, starke Führung im Verbund mit einer ausgeprägten Personalisierung und Mediatisierung wird privilegiert.

Der Einsatz moderner Technologien wie Handy und Drohne zur Gesichtserkennung, Identifikation von Infektionen, Verfolgung von Kontaktpersonen und Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zur „sozialen Distanzierung“ wird mit derselben Begründung – der besseren Eindämmung der Epidemie – von der Mehrheit der Bürger hingenommen.

Der Kampf um die Menschenrechte, nicht zuletzt der um bürgerliche und politische Freiheiten, wurde historisch immer aus der konkreten Erfahrung der Machtungleichheit und des Machtmissbrauchs durch den Staat beziehungsweise die herrschende Klasse geführt. Wie immer verfassungsrechtlich institutionalisiert, bleiben ihr Erhalt und ihre konkrete Ausübung gefährdet. Dies gilt insbesondere in Zeiten starker sozialer und politischer Konflikte sowie wirtschaftlicher Krisen. Die in diesen Tagen aus Afrika und Indien berichteten gewaltsamen Übergriffe der Sicherheitskräfte bei der Durchsetzung von Shutdown und Quarantäne mögen noch als Auswüchse in Dritte-Welt-Ländern mit fragilen demokratischen Ordnungen abgetan werden; schwerer wiegt da schon die Instrumentalisierung der Coronaepidemie zur institutionellen Ermächtigung der Regierung Ungarns mit unbefristeten Sondervollmachten. Sie kann nunmehr „wegen der aktuellen Gefahrenlage“ per Dekret ohne Zustimmung des Parlamentes und rechtlich unbefristet regieren, die Verbreitung von (undefinierten) „Fake News“ strafrechtlich verfolgen.²³ Anders als im (europäischen) Ausland wird die Entwicklung in Ungarn selbst eher begrüsst. In jedem Fall mag sie Anlass zu erhöhter Wachsamkeit geben nach dem Motto: „principiis obsta“ – wehre den Anfängen!

COVID-19: Symptom der Umweltkrise – Hebel ordnungspolitischen Umbruchs?

Die schon vor Ausbruch der Epidemie sich stellenden Probleme – Wachstumsschwäche und Staatsverschuldung, Finanzialisierung, wachsende Ungleichheit, Digitalisierung und Beschäftigung, Bevölkerungswachstum, Entwicklung im globalen Süden, Migration, Demokratie und Populismus, Krise des internationalen Systems inklusive Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China und schliesslich die Klima- und Umweltkrise – haben sich weiter zugespitzt. Schritte zu ihrer Lösung werden durch die aktuelle Situation weiter verzögert, die materiellen und finanziellen Spielräume angesichts der astronomischen Hilfspakete drastisch eingeschränkt. Gleichzeitig wird die gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung weiter zunehmen.

Langfristig wichtigstes, seit Jahrzehnten verschlepptes globales Problem ist die Klimafrage. Das Zeitfenster zum Übergang in eine dekarbonisierte Wirtschafts- und Lebensweise, um einen Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen, schliesst sich: Dieses Jahrzehnt entscheidet die Zukunft.

Die Coronaepidemie wurde bereits weiter oben im neoliberalen Kontext verortet und als Symptom des instrumentell-zerstörerischen Umganges mit der Natur betrachtet. Die Krise hat zu einschneidenden strukturellen Veränderungen geführt, die die notwendigen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung sein könnten. Gerade junge Menschen glauben an eine mögliche Neuordnung aufgrund folgender Tendenzen:²⁴

Die Ideologie der Marktwirtschaft als optimale Produktionsweise und die neoliberale Strategie der Privatisierung, Deregulierung und Weltmarktintegration sind grundsätzlich infrage gestellt. Unter dem Eindruck der Abhängigkeit von lebenswichtigen kollektiven Gütern steht die Globalisierung zur Disposition. Zumindest in Teilbereichen werden Wertschöpfungsketten zugunsten nationaler beziehungsweise regionaler Produktion und Verteilung zurückgebaut.

Staat und Nation als Wirtschaftsgesellschaft erleben eine Renaissance. Dies deutet sich in der Politik der massiven staatlichen Stützung „systemrelevanter“ Unternehmen – Beispiel Lufthansa – an.²⁵ Ähnlich motiviert ist der jüngste Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zur Änderung des Aussenwirtschaftsgesetzes zwecks (unbefristeter) Investitionskontrolle. Ziel ist, die Übernahme grosser deutscher Unternehmen angesichts ihres wirtschaftlichen Absturzes und analogen Wertverfalles – Amazon und Google haben zum Beispiel einen höheren Börsenwert als die dreissig börsennotierten DAX-Unternehmen zusammen – zu verhindern.²⁶ Das Konzept nationaler Sicherheit wird damit grundsätzlich über den bisherigen verteidigungspolitischen Aspekt erweitert, während das Primat des freien Marktes verdrängt wird. Hier kündigt sich eine potenziell grundlegende Umkehr im Verhältnis von Staat und Wirtschaft zugunsten der Politik gegenüber dem Kapital an – eine absolut notwendige Bedingung für eine nachhaltige Ordnung, die über den Markt und den Wettbewerb profitorientierter Privatkapitale ausgeschlossen ist.

Schliesslich wurde kollektiv eine umstände halber erzwungene Erfahrung jenseits vom Primat wachsenden Konsums gemacht: eine Erfahrung von Lebensqualität qua Entschleunigung, weniger Stress, weniger Verkehr und Mobilität, Beschränkung auf Essenzielles auch im alltäglichen Konsum.

Damit könnte ein Prozess in Richtung alternativer Ordnung in Gang gebracht werden. Ob und inwieweit sich eine solche alternative Ordnung umsetzen lässt, hängt von den sozialen Kämpfen, Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und Interessen ab. Denn die genannten Strukturmassnahmen sind in ihren Nutzungsmöglichkeiten grundsätzlich ambivalent und vom gesellschaftspolitischen Kontext abhängig. So erlauben sie angesichts einer Wirtschaftskrise gepaart mit wachsender Ungleichheit, verbreiteter Verarmung und Verunsicherung auch die Etablierung eines autoritären Staates mit nationalistischer Ideologie und Politik. Die Grundsteine dafür sind im Gefolge der Gesundheitskrise schon gelegt.

John P. Neelsen ist Professor für Soziologie an der Universität Tübingen.

Seine Spezialgebiete sind: Entwicklungsländer, Südasien, Nord-Süd-Beziehungen, politische Ökonomie, Kapitalismus und Umwelt, Menschenrechte.

Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg Stiftung.

Aus Heft 1/2020 (das ganze Heft als Download für nur 4,80 EURO)

Quellenangaben

(1) Daten nach Johns Hopkins University, Coronavirus Resource Center (downloaded 5. April 2020 17.30 Uhr

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

(2) Vgl. dazu die vergleichende Analyse, inkl. Graphiken in: <https://ourworldindata.org/coronavirus> (vom 5.4.20)

(3) <https://www.casccoronavirus.fr/test-depistage/france> (downloaded 10.4.2020 12.50 Uhr)

(4) Am 22.1.20 wurden weltweit 555 Covid19-Infizierte gezählt: VRC 548, Japan und Thailand je 2, Süd-Korea und Taiwan je 1. Am 24.1. wurden die ersten Infektionen in Frankreich, am 27.1. in D, am 31.1. in GB, Italien und Schweden sowie Russland nachgewiesen.

(5) Zum Vergleich Einwohner (Mio)/Infizierte (Tausend): VRC 1.439 / 83 T; Japan 127/ 5.5 T; Thailand 70/2.5 T; Süd-Korea 51/10.5 T; Taiwan 24/0.4 T; Singapur 6/1;4 T vs D 84/118 T; F 65/119 T, GB 68/65 T; Italien 61/144 T, Spanien 47/157 T. Für Infektionszahlen vgl. Anm. 1 (downloaded 10.4.20), für Bevölkerungsdaten vgl. <https://www.worldometers.info/world-population/>

(6) UN Secretary General

(7) Vgl. Bundestagsdrucksache zur „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“, vom 03. 01. 2013“ <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>. Vgl. auch Gellermann, U. „Das Corona Drehbuch seit Jahren bekannt“, Rationalgalerie vom 31.3.20 <https://www.rationalgalerie.de/home/das-corona-drehbuch-seit-jahren-bekannt>.

(8) Vgl. Républiqueain Lorraine 6. April 2020, pp 12f. Danach wurde 1 kg Pangolin Schuppen für 2900 \$ gehandelt. Ebenso Le Monde diplomatique Februar 2020.

(9) Vgl. Vidal, J., Human impact on wildlife to blame for spread of viruses, says study The Guardian 8.4.2020 <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/human-impact-on-wildlife-to-blame-for-spread-of-viruses-says-study/>

(10) Ähnlich für die US: Markovcic, A., Capitalism Caused the COVID-19 Crisis in Jacobin, 6.4.20 <https://www.jacobinmag.com/2020/04/coronavirus-covid-19-crisis-capitalism-disaster>

(11) So werden im Namen des vorrangigen Schutzes der eigenen Bevölkerung Lieferungen zwischen Kanada und den USA, zwischen den USA und Ländern der EU, innerhalb der EU zwischen D und Italien oder von Schweden nach Spanien oder Lieferungen von China nach EU/USA behindert, unterbunden oder gewaltsam umgeleitet.

(12) vgl. <https://www.praktischerarzt.de/blog/ranking-groesste-klinikverbuende/> In D kommen zwar 34 Intensivbetten auf 1000 Einwohner, in F nur 15; dafür wurde beim Personal nach Einführung der „Fall-pauschale“ soweit gespart, dass ein Teil dieser Betten nicht genutzt werden kann. So ist die Patientenzahl zwischen 1995–2017 um 20% angestiegen, gleichzeitig die der Pflegekräfte aber um 8% gesunken. So ist in D eine Pflegekraft für 10 Patienten verantwortlich, in GB eine für 8 und in Norwegen nur für 4. Vgl. ARD, plusminus am 8.4.20.

(13) Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Intensivbehandlung von Covid 19-Patienten sich in der Regel nicht wie sonst üblich auf wenige Tage beschränkt -und dann für neue Patienten frei werden, sondern mehrere Wochen in Anspruch nehmen kann.

(14) So will die US-Regierung 2 Bio. \$, das sind 10% des BIP, zur Wiederankurbelung der Wirtschaft in Form von Unternehmenskrediten bzw. Konsumentenschecks von bis zu 1200 \$ an jeden Bürger („Helikoptergeld“) auswerfen. La Tribune 25.3.20 <https://www.latribune.fr/economie/international/helicopter-money-les-etats-unis-votent-un-plan-de-relance-de-2-000-milliards-de-dollars-843110.html>

(15) So geht man z.B. von einer Staatsverschuldung Italiens von aktuell 140% auf das Niveau Griechenlands mit 180%, das Frankreichs von 100 auf 140% aus. Dabei hatte der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU eine maximale Obergrenze bei den Staatsschulden von 60% des BIP, bzw. von 3% des Staatshaushalts verbindlich festgelegt.

(16) <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2020.html>;
<http://gemeinschaftsdiagnose.de/2020/04/08/wirtschaft-unter-schock-finanzpolitik-haelt-dagegen/>
http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2020/04/GDF2020_V2_unkorrigierte_Langfassung.pdf

(17) 23.03.20 VIRUS/ROUNDUP/Ifo: Corona-Krise kostet Deutschland Hunderte Milliarden: Die Coronavirus-Krise könnte Deutschland danach mehr als eine halbe Billion Euro kosten; bis zu 1.8 Mio. Jobs könnten abgebaut, 6 Mio. von Kurzarbeit betroffen sein. Je nach Szenario schrumpft die Wirtschaft um 7,2 bis 20,6 Prozentpunkte. Das entspricht Kosten von 255 bis 729 Milliarden Euro.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article207131149/Prognose-zu-Corona-Folgen-2020-Rezession-2021-Erholung.html>. So geht die EU-Kommission von einer Exit-Strategie in kleinen, sich über Monate hinziehenden Schritten aus. Jede zusätzliche Woche ‚shut-downs‘ bedeutet Umsatzeinbussen von 40 Mrd. € (ARD plusminus 8.4.20; die Lufthansa hat 90% ihrer 700 Flotte stillgelegt, Airbus seine Produktion drastisch zurückgefahren, beide rechnen mit Jahren bis ihre aktuellen Verluste ausgeglichen sein werden. VIRUS/ROUNDUP 2: Airbus kappt Flugzeugproduktion um ein Drittel <https://www.boerse-frankfurt.de/nachrichten/02276e2f-214c-41c7-b116-754bf4287421>

(18) <https://news.un.org/en/story/2020/03/1060702>

(19) Vgl. Report des UN-Generalsekretärs vom 31. März 2020. <https://unsdg.un.org/resources/shared-responsibility-global-solidarity-responding-socio-economic-impacts-covid-19>;

<https://news.un.org/en/story/2020/03/1060702> Und statt der noch Anfang des Jahres für 2020 prognostizierten Einkommensverbesserungen in 160 Ländern erwartet der IWF jetzt Einbussen in 170 Staaten. https://www.wto.org/english/news_e/pres20_e/pr855_e.htm Zum Dollarabfluss vgl. auch Giancarlo Corsetti, Emile Marin, 03 April 2020 <https://voxeu.org/article/covid-19-crisis-dollar-and-capital-flows>

(20) Das alternative Dreier-Paket, nämlich Mittel des ESM, neue Kreditlinien der Europäischen Investitionsbank und das Kurzarbeitergeld, ist zwar in der Gesamthöhe von 500 Mrd. € beträchtlich, hebt aber die prioritär nationale Verantwortung nicht auf.

(21) Die Roma in ganz Mittel- und Südeuropa sind wegen ihrer Armut und erbärmlichen Lebensverhältnisse besonders anfällig für Ansteckung; dies hat dem Antiziganismus dort neuen Auftrieb gegeben. <https://www.dw.com/de/corona-krise-und-roma-die-vergessene-risikogruppe/a-53010737>

(22) Vgl. z.B. U.Gellermann 1.4.20: <https://www.rationalgalerie.de/gelesen-gesehen-gehört/panik-panik-panik>; U.Gellermann, Rationalgalerie 28.3.20 Zu später Stunde, bald zu spät? Wehrt Euch. A. Schell 31.3.20 <https://www.rationalgalerie.de/gelesen-gesehen-gehört/loecher-in-der-logik>

(23) Vgl. Ungarn in der Corona-Krise <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/ungarn-in-der-corona-krise>

(24) Vgl. Gehm, F. in Die Welt vom 1.4.20 <https://www.welt.de/wirtschaft/plus206953477/Folgen-der-Coronakrise-Die-Generation-Z-glaubt-an-eine-Neuordnung-der-Gesellschaft.html>

(25) Le coronavirus va plonger la France dans la récession, des nationalisations envisagées AFP, le 17 mars 2020

(26) FAZ 9.4.20 Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/in-welche-zukunft-gehen-wir/>

Virologe:

„Bars und Discos sind im Vergleich mit Kindergärten Hochrisiko“

Epoch Times 26. Mai 2020 Aktualisiert: 26. Mai 2020 8:37

Clubs, Diskotheken, Bars stehen in der Corona-Krise vor dem Abgrund. Und die Aussichten auf eine baldige Öffnung sind gering.

Partygänger müssen vermutlich noch lange darauf warten, bis ihre Lieblingsdisco wieder öffnen darf, denn in Clubs, Bars und Discos findet der Wuhan-Lungenvirus perfekte Bedingungen für eine schnelle Verbreitung.

Es ist eng, man schwitzt, schreit einander mit geringem Abstand ins Ohr – „das ist genau dieses Szenario, bei denen es in anderen Ländern bereits zu massenhaften Ansteckungen gekommen ist. Das sind die Viren-Hotspots – gerade für das Coronavirus“, sagte der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNITM) der Deutschen Presse-Agentur.

Dagegen seien Kindergärten und Schulen deutlich weniger risikobehaftet. Das sei „im Vergleich zu Bars und Diskotheken eine ganz andere Welt. Das muss man mal deutlich sagen. Bars und Discos sind ein Hochrisiko, wenn wir das mit Kindergärten vergleichen.“

Risiko durch Alkoholkonsum

Die Risiken würden zudem durch die Alkoholisierung der Gäste steigen, denn meist nehme in angetrunkenem Zustand die Bereitschaft ab, sich an die wichtigen Corona-Regeln zu halten. Ausserdem mache die meist schlechte Belüftung der Räume es dem Virus noch leichter.

„Sie können da nicht für eine Belüftung sorgen, sie haben vielleicht nur Anlagen, die das umwälzen oder ein bisschen verblasen. Aber eigentlich sind das nur kleine enge Räume.“

Das sei der beste Zustand, den er sich für ein respiratorisch übertragbares Pathogen, also einen per Atmung übertragenen Krankheitserreger, vorstellen könne. „Also der schlimmste Zustand für den Menschen. Insgesamt ist die Situation einfach ideal, um sich dort infizieren zu können.“

Mundschutz hilft da auch nicht

Auch Tanzen mit Mundschutz könne da keine Abhilfe schaffen. „Das ist Blödsinn. Das wäre genau das falsche Konzept. Das ist der grösste Fehler, den man machen kann.“

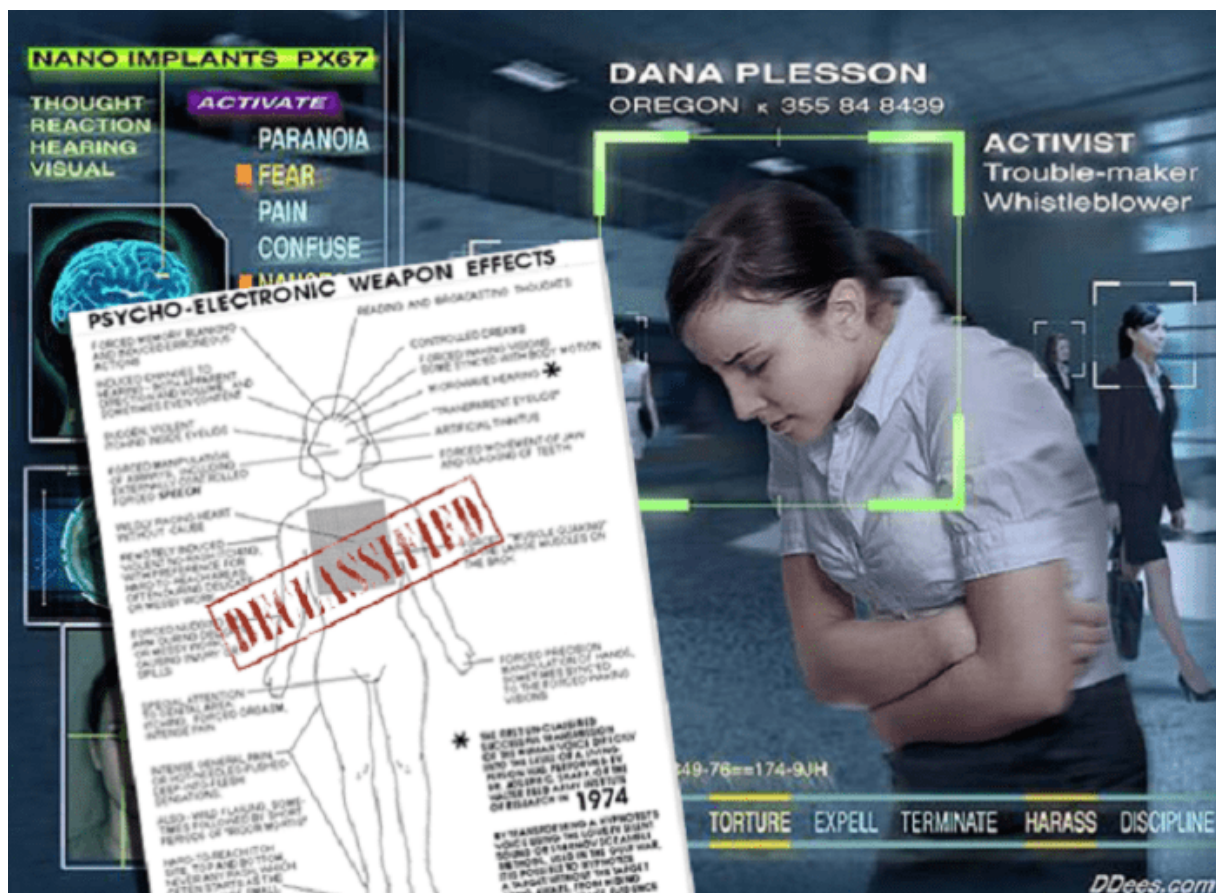
Die Maske sei nur ein zusätzliches Hilfsmittel, Abstand und Hygiene seien viel wichtiger. Das Sinnvollste wäre, in einen Club für sonst 100 Besucher nur fünf Gäste zu lassen. „Aber das will keiner, und das macht auch keinen Sinn.“

Schmidt-Chanasit geht davon aus, dass Tanzen wie vor der Corona-Pandemie erst in vielen Monaten wieder möglich sein wird. „Erst, wenn wir einen Impfstoff haben oder die Pandemie vorbei ist und die Immunität in der Bevölkerung angestiegen ist.“ (dpa)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/wissen/forschung/virologe-bars-und-discos-sind-im-vergleich-mit-kindergaerten-hochrisiko-a3249064.html>

US-Regierung veröffentlicht versehentlich Dokumente zur elektromagnetischen Gedankenkontrolle auf FOIA-Anfrage

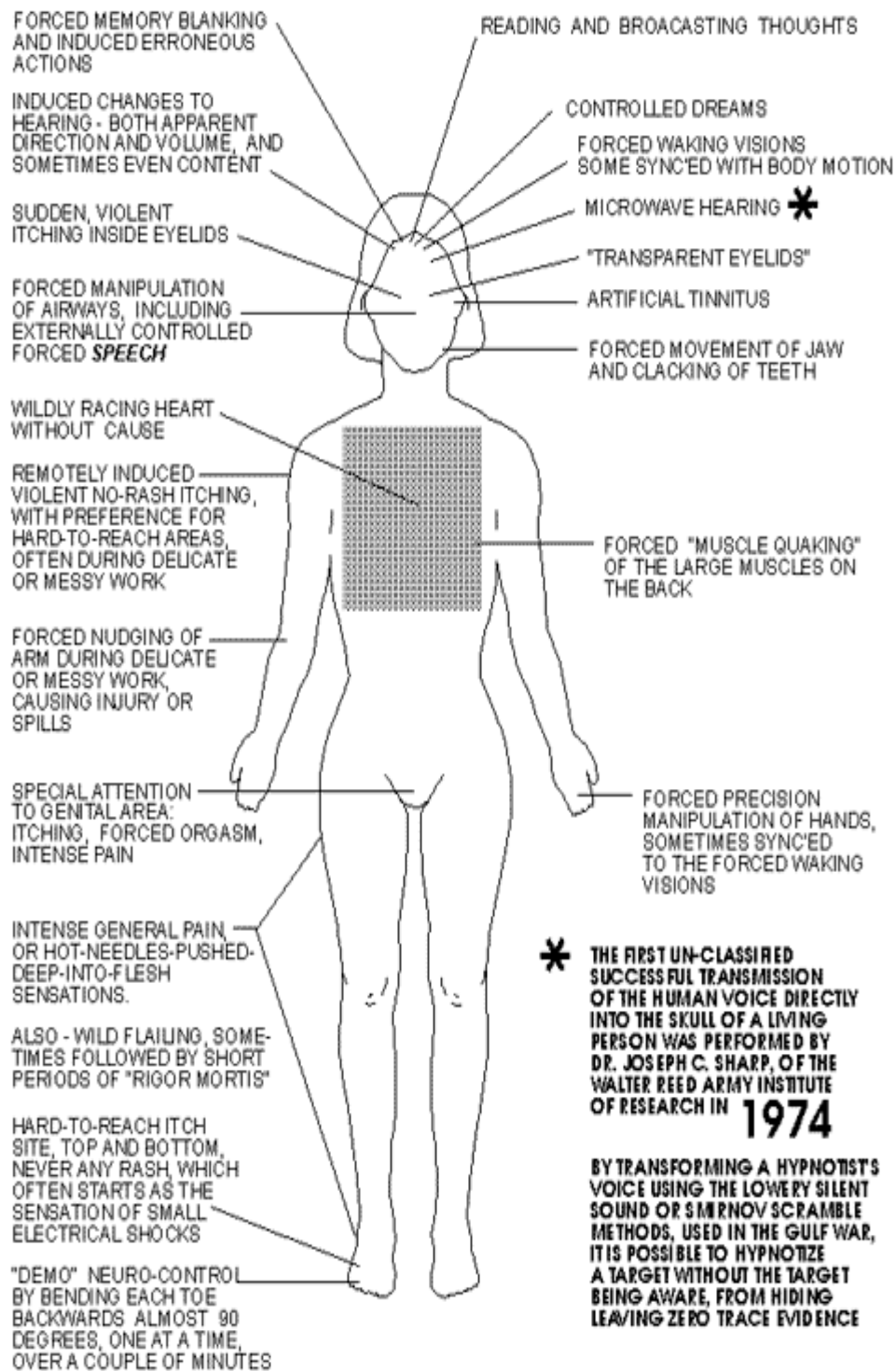
Von News for Friends.de -26. Mai 2020



Von Richard Enos

Als der Forscher Curtis Waltman von der Website Muckrock Akten erhielt, die sich aus seiner Anfrage nach dem Freedom of Information Act über Antifa und weisse supremacistische Gruppen vom Washington State Fusion Center ergaben, bekam er etwas mehr, als er erwartet hatte: eine nicht verwandte Zip-Datei mit dem Titel „EM-Effekte auf den menschlichen Körper.“

„In der Datei befanden sich drei Diagramme, die Informationen zu elektromagnetischen Waffen enthalten, die auf den menschlichen Körper und das Gehirn abzielen. Das erste Diagramm mit dem Titel Psychoelektronische Waffeneffekte scheint den möglichen Einsatz solcher Waffen detailliert darzustellen und konzentriert sich sowohl auf die Gedankenkontrolle als auch auf körperliche Beschwerden.“



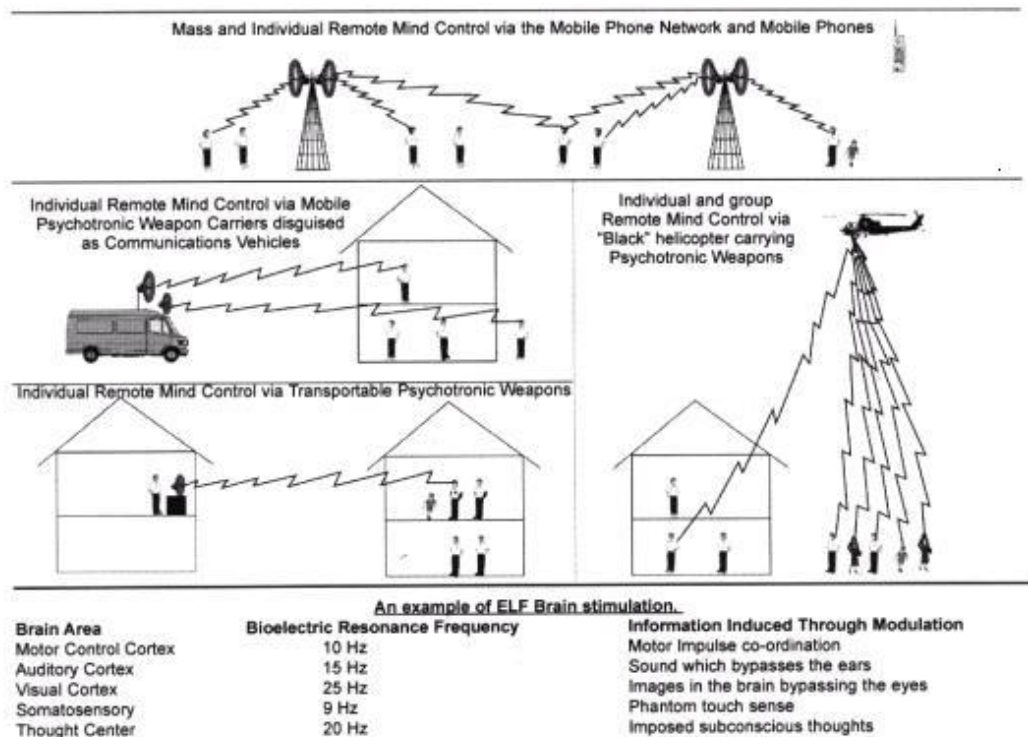
GENERAL EFFECTS: SUDDEN OVERHEATING, ALL-BODY PAIN, FORCED "CAFFEINE FIELD" SLEEP PREVENTION, FORCED "DROP-IN-YOUR-TRACKS" SLEEP INDUCEMENT, IRRESISTIBLE "GO HERE, GO THERE" COMMANDS, MICROWAVE BURNS, ELECTRIC SHOCKS

INVOLUNTARY TEST SUBJECTS ALSO EXPERIENCE: FREQUENT BREAK-AND-ENTERS AT HOME AND AT WORK WITH CLOTHING AND FURNITURE, BUSINESS PAPERS, COMPUTER FILES SABOTAGED MODIFIED OR STOLEN. PSYCHOLOGICAL WARFARE RESEARCH IS THE LIKELY MOTIVE.

PSYCHO-ELECTRONIC WEAPON EFFECTS

www.raven1.net

Dieses nächste Diagramm zeigt verschiedene Prozesse, mit denen elektromagnetische Gedankenkontrolle über Mobilfunknetze oder lokaler vom Boden oder aus der Luft eingesetzt werden kann, indem bestimmte Personen mit psychotronischen Waffen angegriffen werden. Es werden verschiedene Frequenzen beschrieben, um verschiedene Bereiche des Gehirns beeinflussen zu können.



Remote Mind Control / Remote Brain Mapping

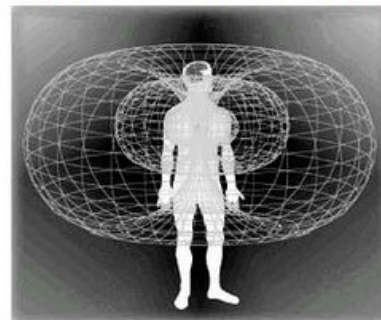
Dieses dritte Schema sagt mehr über die Kartierung der Wellenfrequenzen des menschlichen Gehirns aus und erwähnt, dass jeder menschliche Körper ein einzigartiges bioelektromagnetisches Feld hat, das vermutlich Benutzern fortschrittlicher Technologien die Möglichkeit geben würde, auf dieser Grundlage jedes Individuum auf der Welt zu lokalisieren, was ihnen ermöglichen würde, dieses mit psychotronischen Waffen direkt anzugreifen.

Spectrum: Emission or wave propagation (Electronic Signal). To make communication, to identify any object emitting frequency. Human body emit very Low electronic signal as temperature/heat (Brain Wave - Delta, Theta, Alpha, Beta, Gamma etc).

- Bio_Electromagnetic Field which is unique for every human body.

This is Electronic signal frequency ID of each object.

Radar Electronic signal detect the object(Human Body) for modulation human brain wave.



Bio_Electromagnetic

Human Brain Wave:

Delta is the frequency range up to 4 Hz.

Theta is the frequency range from 4 Hz to 7 Hz.

Alpha is the frequency range from 8 Hz to 12 Hz.

Beta is the frequency range from 12 Hz to about 30 Hz.

Gamma is the frequency range approximately 30-100 Hz.

Mu ranges 8-13 Hz.

Diese Diagramme scheinen Präsentationsdokumente zu sein, die aus verschiedenen Quellen stammen und möglicherweise als Datenpunkte für Diskussionen über die Erforschung und Entwicklung psychotroper Waffen verwendet werden. Diese Dokumente enthüllen im Sinne von Wikileaks nicht, was Schattenregierungsbehörden wie die NSA getan haben oder können.

Seltsamerweise erscheinen einige dieser Bilder in einem Artikel in der Zeitschrift Nexus, der eine Klage von John St. Clair Akewi gegen die NSA aus dem Jahr 1992 beschreibt. Akewi behauptete, die NSA habe die „Fähigkeit, US-Bürger verdeckt zu ermorden oder verdeckte psychologische Kontrolloperationen durchzuführen, um die Diagnose einer psychischen Erkrankung von Personen zu veranlassen“, und dokumentierte ihre angeblichen Methoden.

Den Hasenbau hinunter

Für diejenigen, die es von dort aus verfolgen können, führt der Weg zu diesem Artikel durch ein Kaninchenloch mit Informationen und Ressourcen, die verschiedene Aspekte der Bemühungen von Deep State-Agenturen um „gezielte Personen“ beschreiben. Während die geheimen Fähigkeiten solcher Agenturen zu den besten gehüteten Informationen gehören, haben uns Leute wie Edward Snowden geholfen, zu ihrer Existenz zu erwachen.

Was können wir jedoch aus diesem speziellen Informationsverlust in bezug auf Mind-Control-Fähigkeiten machen?

Wie Waltman bemerkt, ist völlig unklar, wie dies in dieser Version endete. Es könnte für eine andere Veröffentlichung gedacht gewesen sein, es könnte für einen bevorstehenden WSFC-Bericht gesammelt worden sein, oder es könnte sogar aus den persönlichen Akten eines Geheimdienstoffiziers stammen, die in der Veröffentlichung irgendwie durcheinandergeraten sind. Ein Anruf bei der WSFC wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht zurückgeschickt. Bis wir etwas hören, bleibt ihre Anwesenheit ein Rätsel.

Die einzige Möglichkeit, die Waltman nicht abdeckt, besteht darin, dass diese Datei ihm absichtlich von einem Betreiber zur Verfügung gestellt wurde, der diese Informationen für neue Augengruppen verbreiten wollte. Dies als Teil einer Offenlegung, die als versteckte Information der Öffentlichkeit bekannt werden muss, was aber unwahrscheinlich ist? Vielleicht, aber es noch viel seltsamere Dinge passiert.

Quelle: <https://www.collective-evolution.com/2018/04/24/us-government-accidentally-releases-electromagnetic-mind-control-documents-in-foia-request/>

FORTWÄHRENDER BRUCH DES ASYLRECHTS TROTZ EXPLODIERENDER KOSTEN

Wie die Politik systematisch Abschiebungen verhindert
26. Mai 2020/21



Von STEFAN SCHUBERT |

Nach schwersten Straftaten von illegalen Einwanderern, die im Mainstream ausnahmslos als »Flüchtlinge« oder neuerdings als »Geflüchtete« bezeichnet werden, kündigt Frau Merkel schon mal eine »nationale Kraftanstrengung« bei Abschiebungen an.

Doch diese Phrase stellt in der Realität lediglich eine weitere Lüge der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise dar. Denn erfahrungsgemäss sabotiert die Politik jegliche konsequente Umsetzung von Abschiebemassnahmen.

So weigert sich die Bundesregierung, die tatsächlichen Zahlen der unkontrollierten Masseneinwanderung seit den Grenzöffnungen 2015 klar zu beziffern. Stattdessen werden die Zahlen mit immer gravierenden Manipulationen von Statistiken kleingerechnet, um einen wachsenden Unmut der Bevölkerung zu verhindern.

Die Website statista.com weist von 2015 bis April 2020 über 1,8 Millionen Asylanträge aus. Doch diese offiziellen Zahlen bilden nur einen Teil der Einwanderung der vergangenen Jahre ab.

Familiennachzug nach Visaerteilung, Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter, Umsiedlungsprogramme der EU und der UN (Resettlement) sowie Folgeanträge werden auf Anweisung der Regierung schlicht nicht mehr in der Asylstatistik erfasst.

Insgesamt wird die unkontrollierte Masseneinwanderung seit den Grenzöffnungen 2015 bei rund 2,5 Millionen liegen. Die Armutseinwanderung aus Osteuropa durch das Einfallstor der EU-Freizügigkeit, insbesondere von seitens Rumäniens und Bulgariens, sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Die Mehrheit der Völkerwanderung, der 2,5 Millionen Asyl-Zuwanderer, ist männlich, muslimisch, bildungsfern und weist eine extrem hohe Kriminalitätsbelastung auf, so die Analyse der Daten aus dem BKA-Lagebild Kriminalität im Kontext der Zuwanderung.

Einwanderung steigt – Abschiebungen werden von der Politik sabotiert

Die Anzahl der Einwanderer, die mithilfe der Bundesregierung das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit aushöhlen, steigt auch während der Corona-Krise kontinuierlich weiter an, während gleichzeitig die Zahlen der Abschiebung rückläufig sind.

Die offiziellen Zahlen belegen, dass die Abschiebungen seit 4 Jahren beständig gesunken sind: von 25.375 Abschiebungen im Jahr 2016 auf knapp 24 000 Abschiebungen 2017, dann 23 617 Abschiebungen (2018) und schliesslich – der aktuelle Tiefpunkt – 22 097 Abschiebungen (2019).

Diese Zahlen dokumentieren einen weiteren Rechtsbruch der Merkel-Regierung und deren Verlogenheit in der hoch polarisierenden Flüchtlingsfrage. Offiziell vertritt die Bundesregierung die Devise, dass abgelehnte Asylbewerber ausser Landes zu bringen seien: »Ablehnung heisst Ablehnung.«

Es müsse klar sein: »Wessen Asylantrag abgelehnt wird, der muss Deutschland wieder verlassen.« Diese vollmundigen Worte stammen nicht etwa von Alice Weidel, sondern von Angela Merkel, gesprochen vor ihrem CDU-Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2016.

Im März 2020 verkündete das BAMF einen Rekord von erstmals mehr als 250 000 Ausreisepflichtigen in Deutschland. Dieses anhaltende und vorsätzliche Staatsversagen war den meisten »Refugees Welcome«-Aktivistinnen in den Redaktionsstuben der Republik jedoch keinen Aufmacher wert.

Seit Jahren verstopft die Asylindustrie zudem gezielt die Verwaltungsgerichte und überzieht sie mit Klagen gegen abgelehnte Asylanträge. Drei Viertel aller abgelehnten Asylbewerber verklagen mittlerweile Deutschland; bezahlen muss diesen Irrsinn der deutsche Steuerzahler, zusätzlich zu den extrem hohen Unterbringungs- und Unterhaltskosten für diese Klientel. Die Rechtsverdreher der Pro-Asyl-Lobby agieren dabei nicht etwa aus Sorge um einen Justizfehler, vielmehr werden Überforderung und Missbrauch des Asylsystems systematisch betrieben, um so den Aufenthalt der Illegalen zu verlängern und dadurch eine dauerhafte Nichtabschiebung durchzusetzen.

Der Berliner Links-Staat verfolgt offen eine rechtswidrige Politik

Wer einmal die offenen Grenzen des Schengenraumes überquert hat – auch auf illegalem Wege und sogar als Krimineller oder Terrorist –, der verbleibt in der Regel für immer in Deutschland. Trotz Meldeauflagen und vergleichbaren Vorschriften sucht sich der Asylbewerber ein Land oftmals allein nach der Höhe der finanziellen Transferleistungen aus. Sanktionen muss er nicht fürchten.

Im Gegenteil, Staatsvertreter unterstützen sogar tatkräftig diese Politik gegen die Interessen des eigenen Landes. So hat die Senatsverwaltung in Berlin aus Linken, Grünen und SPD der Polizei untersagt, abgelehnte und abschiebepflichtige Asylbewerber zwischen 21 Uhr und 6 Uhr morgens aufzusuchen. Die unbeschwerte Nachtruhe der Illegalen soll so gewährleistet werden.

Der Linksstaat in Berlin aus SPD, Grünen und Linken ist gar so dreist, dass er den anhaltenden Rechtsbruch im Koalitionsvertrag von 2016 festgeschrieben hat. Dort steht, dass möglichst wenige abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden sollen. Seit 2017 halten sich 13 440 abgelehnte Asylbewerber, die bereits alle Klagen vor den Verwaltungsgerichten durchlaufen haben und demzufolge »vollziehbar ausreisepflichtig« sind, weiterhin in Berlin auf. Dabei stammt kein einziger der Ausreisepflichtigen aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Afghanen, Iraker und Vietnamesen bilden die grössten Gruppen.

Nur in Berlin eine halbe Milliarde Euro Kosten für abgelehnte Asylbewerber – pro Jahr

Jeder dieser Abschiebepflichtigen kostet mindestens 32 Euro pro Kopf und Tag an Unterkunft und Verpflegung. Allein die 13 440 abgelehnten Asylbewerber verursachen demnach pro Monat rund 13 Millionen Euro Kosten.

Doch dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Auf Nachfrage bestätigte der Berliner Senat, dass insgesamt 47 433 »Ausländerinnen und Ausländer« in Berlin leben, »die im Laufe ihres aufenthaltsberechtigten Werdegangs erfolglos Asyl beantragt haben«. Der überwiegende Anteil fällt dem Steuerzahler zur Last. Die Mindestkosten in Höhe von 32 Euro pro Kopf und Tag summieren sich für Berlin somit auf über 546 Millionen Euro im Jahr. Die anerkannten Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge sind bei dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt worden. Während in der Corona-Krise Millionen Menschen um ihre finanzielle Existenz gebracht wurden, verschlingen abgelehnte Asylbewerber eine halbe Milliarde Steuergelder im hoch verschuldeten Linksstaat Berlin – pro Jahr.

Wenn die Bürger dieses Landes der Politik und dem Funktionieren des Rechtsstaats zunehmend misstrauen, dann liegt das nicht an dem mit allen Mitteln herbeigeschriebenen »Rechtsruck« der Bürger, sondern ist kausal den Rechtsbrüchen der Politiker anzulasten.

Quelle: <http://www.pi-news.net/2020/05/wie-die-politik-systematisch-abschiebungen-verhindert/>

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT IN DER DEUTSCHEN HAUPTSTADT

LKA Berlin: Jedes fünfte Verfahren betrifft arabische Clans
26. Mai 2020



Für 2019 hat das Landeskriminalamt Berlin festgestellt, dass die meisten Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität gegen arabischstämmige „Grossfamilien“ laufen.

Von MANFRED W. BLACK | Drogenhandel, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, illegaler Zigarettenhandel sowie Raub- und Diebstahl sind nach offiziellen Angaben des LKA die „Haupteinnahmequellen“ der Organisierten Kriminalität (OK) in Berlin. Bei rund 20 Prozent aller in der Hauptstadt geführten Verfahren im Bereich der OK stehen Angehörige arabischer Clans im Zentrum der Ermittlungen. Das besagt die Jahresbilanz 2019 zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität, über die rbb24 zunächst exklusiv berichtet hat. Die arabischstämmigen Grossfamilien kommen offenbar hauptsächlich durch Drogenverkauf an Geld. Aber „auch der Handel mit un versteuertem Shisha-Tabak, Diebstähle und illegales Glücksspiel gehören zum Geschäftsmodell der Clans“ (Junge Freiheit).

Während des vergangenen Jahres wurden bei Einsätzen der Polizei und der gemeinsamen „Ermittlungsgruppe Zigaretten (GR Zig)“ rund „1,6 Tonnen Wasserpfeifentabak beschlagnahmt“. Das LKA erklärte, die Gewinnmargen pro Kilo Wasserpfeifentabak – das in der Regel für drei bis fünf Euro hergestellt wird – liege bei mehr als 50 Euro.

Insgesamt 382 Einsätze gegen Clan-Kriminalität

Der LKA-Statistik zufolge kontrollierte die Landespolizei im vergangenen Jahr insgesamt 702 Shisha-Bars, Wettbüros, Spätsupermärkte, Juweliere, Bordelle, Friseur-Läden und andere Einrichtungen. Von diesen „Geschäften“ mussten auf behördliche Anweisung 86 daraufhin schliessen. Allein 35 000 Euro beschlagnahmte die Polizei, die offensichtlich aus dem Rauschgifthandel stammten. Ausserdem stellten die Behörden mehr als 550 Kilogramm Wasserpfeifentabak, über 100 Autos und noch einmal so viele Waffen verschiedenen Kalibers sicher.

Im Jahr 2019 hat die Berliner Polizei nach offiziellen Angaben insgesamt 382 Einsätze zur Bekämpfung der Clankriminalität durchgeführt. 104 davon erfolgten in Kooperation mit anderen Behörden, vor allem mit dem Zoll, mit Ordnungsämtern und Ämtern für Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Schönfärberisch heisst es im LKA-Bericht zu den behördlichen Aktionen: „Es ist eine Verunsicherung der kriminellen Szene feststellbar.“ Jetzt gehe es darum, „den hohen Kontrolldruck aufrechtzuerhalten und auf alle Berliner Bezirke auszuweiten“.

Viele Clan-Mitglieder gelten offiziell als „Deutsche“ – sie gehören ethnisch jedoch zu geschlossenen Migranten-Banden.

Was die Behörden in Bund und Ländern zumeist gern verschweigen: Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Manche Beobachter sind der Ansicht, dass hier nur die Spitze des Eisberges sichtbar werde. Beliebte ist es auch, in den Statistik-Veröffentlichungen des LKA und des BKA (Bundeskriminalamt) davon zu sprechen, dass sehr viele Clan-Mitglieder „Deutsche“ seien.

Was nur die halbe Wahrheit ist. Alle Experten wissen, dass diese „deutschen Staatsbürger“ in aller Regel mehrere Staatsbürgerschaften haben. Praktisch alle diese „Deutschen“ gehören ethnisch zu ausländischen Einwanderern, die orientalische Herkunft dominiert dabei.

5000 Verstösse allein gegen die Verkehrsordnung

Clan-Mitglieder fielen freilich auch mit vielen Verbrechen und Vergehen auf, die nicht als OK definiert werden. So schrieb die Polizei 2019 – ausserhalb von typischer Clan-Schwerkriminalität – insgesamt 972 Strafanzeigen gegen Personen, die aus auffällig gewordenen Grossfamilien kommen. Dieser Personenkreis war verantwortlich zum Beispiel für mehr als 5000 Verstösse gegen das Verkehrsrecht.

Im Verlauf des Jahres verhaftete nur der Staatsschutz – diese Abteilung im LKA ist vornehmlich zuständig für politisch motivierte Straftaten und Sprengstoffdelikte – 60 Personen aus Clan-Kreisen. Wie lange die Verhafteten im Schnitt festgesetzt waren, wird allerdings verschwiegen. Bekannt wurde ebenfalls nicht, wie viele der Festgenommenen später tatsächlich zu gerichtlichen Haftstrafen – ob mit oder ohne Bewährung – verurteilt wurden.

Quelle: <http://www.pi-news.net/2020/05/lka-berlin-jedes-fuenfte-verfahren-betrifft-arabische-clans/>

Paul-Ehrlich-Institut: Impfstoff wird günstig – Flächendeckende Durchimpfung „eine Sache von Monaten“

Epoch Times 26. Mai 2020 Aktualisiert: 26. Mai 2020 8:49

Hersteller könnten einen Corona-Impfstoff künftig fast zum Selbstkostenpreis anbieten. "Es ist natürlich eine Prestigefrage, dass sich die Unternehmen gefordert fühlen, der Welt zu helfen", sagt der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts, Klaus Cichutek, in der Sendung "Frühstart" der RTL/n-tv-Redaktion.

Der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), Klaus Cichutek, rechnet damit, dass die Hersteller einen Impfstoff gegen das neuartige Virus „nahe am Selbstkostenpreis“ anbieten werden.

„Es ist natürlich eine Prestigefrage, dass sich die Unternehmen gefordert fühlen, der Welt zu helfen und insofern die Welt nicht überfordern können hinsichtlich der Preise“, sagte Cichutek in der Sendung „Frühstart“ der RTL/n-tv-Redaktion. Wie viel vom späteren Kaufpreis die Krankenkassen übernehmen, sei noch nicht besprochen.

Zwei deutsche Impfstoffe können bald getestet werden

Das Paul-Ehrlich-Institut ist für die Zulassung von Impfstoffen in Deutschland zuständig. Cichutek sieht zwei weitere deutsche Impfstoff-Forschungsprojekte „nahe an der klinischen Prüfung“: Die der Firma Curevac aus Tübingen und die des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung.

„Ich rechne damit, dass in wenigen Wochen die nächste klinische Prüfung vom Paul-Ehrlich-Institut genehmigt werden kann“, so der PEI-Präsident weiter. Bislang hat nur die Firma BioNTech aus Mainz eine Genehmigung bekommen.

Flächendeckende Durchimpfung dauert Monate

Eine flächendeckende Durchimpfung der Bevölkerung in Deutschland ist laut Cichutek „eine Sache von Monaten“. Dies sei aber mit der notwendigen grossen Anzahl von Impfpärzten durchaus zu leisten.

Um schnell genug Dosen für eine deutschland- und weltweite Impfung zu bekommen, müssten die Herstellungskapazitäten vieler Hersteller „gepoolt“ werden, so der PEI-Präsident. Er forderte die Politik auf, über faire Verteilungsmechanismen auf der Welt zu sprechen.

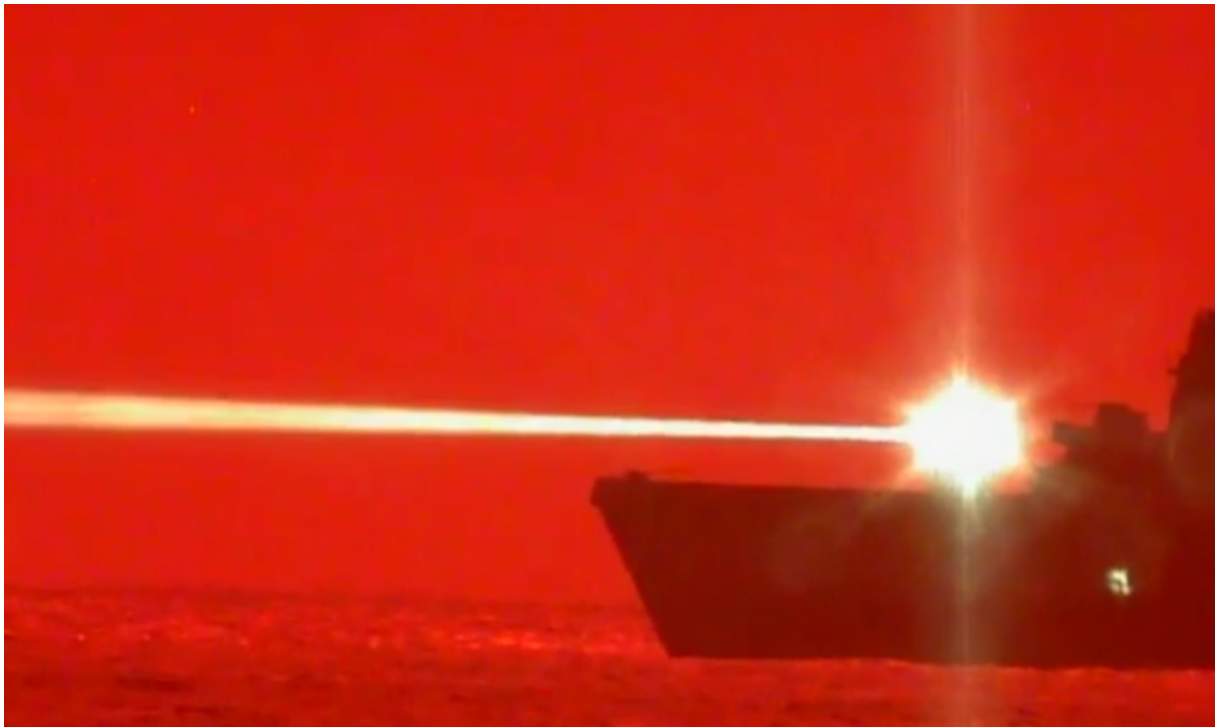
„Das muss tatsächlich neu diskutiert werden, wie genau so etwas passieren kann“, sagte Cichutek in der Sendung „Frühstart“ der RTL/n-tv-Redaktion. In den vergangenen Jahrzehnten habe man es nur mit Epidemien zu tun gehabt, die sich zum Teil zu Pandemien ausgewachsen hätten und bei denen Impfstoffe bereits entwickelt waren.

Diesmal habe man es mit einem Erreger zu tun, von dem man täglich Neues lerne, so der PEI-Präsident weiter. Daher brauche es ein anderes Reglement. (dts)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/wirtschaft/unternehmen/paul-ehrlich-institut-impfstoff-wird-guenstig-flaechendeckende-durchimpfung-eine-sache-von-monaten-a3249029.html>

USA schießen Drohne mit Laserwaffe ab – "Damit definieren wir den Krieg auf See neu"

26.05.2020 • 08:09 Uhr



USA schießen Drohne mit Laserwaffe ab – "Damit definieren wir den Krieg auf See neu"

Die US-Marine hat erstmals Videoaufnahmen veröffentlicht, die ihr mit Spannung erwartetes fortschrittliches Laserwaffensystem auf See im Einsatz zeigt. Der Test-Abschuss wurde auf der USS Portland, ein schweres amphibisches Kriegsschiff, auf dem der Laser installiert ist, durchgeführt. Im Video ist der aktivierte Laser zu sehen. In der nächsten Sequenz sieht man eine Drohne abstürzen.

Die beiden kurzen Videoaufnahmen vom Test der US-Laserwaffe waren am Freitag von der US-Marine veröffentlicht worden. Der Test, bei dem erfolgreich eine Drohne abgeschossen wurde, soll bereits am 16. Mai im Pazifik stattgefunden haben. In der Erklärung dazu heisst es, dass der LWSD-Laser das unbemannte Fluggerät erfolgreich deaktivieren konnte.

Kommandierender Offizier der USS Portland, Karrey Sanders, zeigte sich zufrieden mit dem Test:

Durch die Durchführung fortgeschrittener Tests auf See gegen unbemannte Fluggeräte und kleine Boote werden wir wertvolle Informationen über die Fähigkeiten [...] des Festkörperlaserwaffensystems gegen potenzielle Bedrohungen gewinnen.

Der Kapitän weiter:

Mit dieser neuen fortschrittlichen Fähigkeit definieren wir den Krieg auf See für die Marine neu.

Wie es in der Mitteilung heisst, seien Marineschiffe auf "ihren Missionen einer zunehmenden Anzahl von Bedrohungen ausgesetzt", darunter "unbemannte Fluggeräte, bewaffnete kleine Boote sowie gegnerische Geheimdienst-, Überwachungs- und Aufklärungssysteme". Durch die Entwicklung solcher LWSD-Lasersysteme oder DEW-Energiewaffen würde dem Kommandanten mehr Entscheidungsspielraum und Reaktionsmöglichkeiten verschafft.

Der Festkörper-Laserwaffensystem-Demonstrator ist eine einzigartige Fähigkeit, die die [USS] Portland für die Marine testen und betreiben kann, während es den Weg für zukünftige Waffensysteme ebnet.

Der LWSD wurde vom Office of Naval Research und dem Unternehmen "Northrop Grumman" als Nachfolger des Laserwaffensystems (LaWS) – der ersten vollständig zugelassenen Laserplattform des Militärs – entwickelt.

Der ursprüngliche Vertrag zur Herstellung der Waffe wurde Northrop für 53 Millionen Dollar gewährt, wobei für das Projekt über 34 Monate Entwicklungszeit ein Gesamtbudget von 91 Millionen Dollar bereitgestellt wurde.

Mit einer Leistung von 150 Kilowatt ist die Waffe der stärkste Laser der US-Navy, etwa fünfmal so stark wie der 30-Kilowatt-LaWS, der ebenfalls kleine Flugzeuge abschiessen kann.

Der LWSD soll nicht nur für den Abschuss von Drohnen und kleinen Booten zum Einsatz kommen, sondern auch als "Blender" fungieren, also die gegnerischen Sensoren blenden.

Die Marine entwickelt auch einen Laser mittlerer Stärke, den "High Energy Laser and Integrated Optical-dazzler and Surveillance" (HELIOS), der 60 Kilowatt erreichen soll und auf einer breiteren Palette von Schiffen, einschliesslich Zerstörern, installiert werden könnte.

Während die Portland derzeit das einzige Kriegsschiff ist, das mit dem LWSD ausgerüstet ist, arbeitet das Rüstungsunternehmen Lockheed Martin an einem ähnlich leistungsstarken 150-Kilowatt-Laser, der nach Angaben der Marine noch in diesem Jahr für Tests auf dem Kriegsschiff USS Little Rock eingesetzt werden könnte, nannte aber keinen genauen Zeitrahmen, wann dies geschehen soll.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/102814-usa-schiessen-drohne-mit-laserwaffe-ab/>

UNO: Globale menschliche Entwicklung pandemiebedingt erstmalig seit 30 Jahren rückläufig

26.05.2020 • 06:00 Uhr, <https://de.rt.com/27bf>

Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) besagt, dass die Corona-Pandemie "eine Krise in der menschlichen Entwicklung auslöst". Weltweit sei ein Rückgang in den grundlegenden Bereichen der Lebensstandards zu erwarten.

Der Indikator für den weltweiten Bildungs-, Gesundheits- und Lebensstandard über die globale menschliche Entwicklung wird in diesem Jahr zum ersten Mal seit seiner Entwicklung rückläufig sein. Das Berechnungskonzept wurde im Jahr 1990 durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ins Leben gerufen.

Arbeitslose im pakistanischen Karatschi im April 2020

Der UNDP-Bericht mit dem Titel "Perspektiven der menschlichen Entwicklung COVID-19: Die Bewertung der Auswirkungen, die Vorstellung des Aufschwungs" befasst sich unter anderem mit der globalen Situation von Kindern im Grundschulalter. Schätzungen zufolge ist der Prozentsatz der Kinder im Grundschulalter, die weder Schulbildung erhalten noch Internetzugang haben, heute auf einem "seit den 1980er-Jahren nicht mehr gesehenen globalen Niveau".

Angesichts geschlossener Schulen und starker Unterschiede beim Zugang zum Online-Lernen zeigen UNDP-Bewertungen, dass 86 Prozent der Kinder im Grundschulalter in Ländern mit niedriger menschlicher Entwicklung überhaupt keine Schulbildung erhalten, verglichen mit nur 20 Prozent in Ländern mit sehr hohem Entwicklungsstand.

Dem Bericht zufolge wird ausserdem erwartet, dass das weltweite Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2020 um vier Prozent sinken wird. Zuvor warnte die Weltbank davor, dass der Ausbruch des Coronavirus bis zu 60 Millionen Menschen in extreme Armut treiben könnte.

Das UNDP zitierte auch die Vorhersagen der Internationalen Arbeitsorganisation, dass die Hälfte aller arbeitenden Menschen in den nächsten Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren könnte. Wobei das Virus die Weltwirtschaft bis zu zehn Billionen US-Dollar kosten könnte. Das Welternährungsprogramm wies darauf hin, dass 265 Millionen Menschen in Ermangelung direkter Massnahmen mit einer Hungersnot konfrontiert sein werden. Der Administrator des UNDP Achim Steiner erklärte:

Die Pandemie wird in weiten Teilen der Welt tiefe, tiefe Narben hinterlassen

Ohne Unterstützung der internationalen Gemeinschaft riskieren wir eine massive Umkehrung der in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Gewinne und den Verlust einer ganzen Generation, wenn nicht an Leben, dann an Rechten, Chancen und Würde.

Steiner geht davon aus, dass die Entwicklungsländer und diejenigen, die sich in einer Krise befinden, zusammen mit den bereits gefährdeten Ländern am meisten leiden werden. Der UNDP-Vertreter fuhr fort:

Die Welt erlebte in den letzten 30 Jahren viele Krisen, darunter die globale Finanzkrise von 2007 bis 2009. Jede dieser Krisen traf die menschliche Entwicklung hart, insgesamt haben die Entwicklungsgewinne aber Jahr für Jahr weltweit zugenommen.

COVID-19 könnte diesen Trend mit seinen Auswirkungen auf Gesundheit, Bildung und Einkommen ändern.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/102795-uno-globale-menschliche-entwicklung-geht-zurueck/>

Bundestag nimmt Übertragung von Tier auf Mensch in den Blick

Epoch Times 6. Mai 2020 Aktualisiert: 6. Mai 2020 20:54



Eine Fledermaus fliegt vor dem nächtlichen Himmel und sucht nach Insekten.

Foto: Frank Rumpenhorst/dpa/Symbolbild/dpa

Fast ein Drittel gefährlicher Erreger wie Ebola oder Sars kommen ursprünglich aus dem Tierreich. Die Gefahr für Menschen wächst, je stärker sie in deren Lebensraum eindringen.

Um die Wahrscheinlichkeit von Pandemien zu senken, wollen Umweltpolitiker den Zusammenhang von Naturzerstörung und der Viren-Übertragung vom Tier auf Mensch verstärkt in den Blick nehmen.

Die Ursachen solcher Übertragungen müssten aufgeklärt und Strategien zu ihrer Verhinderung entwickelt werden, sagte die Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag, Sylvia Kotting-Uhl (Grüne), am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur. Den Anfang mache ein per Livestream übertragenes Fachgespräch kommenden Mittwoch (13. Mai), das habe der Ausschuss beschlossen.

„Wir beginnen für das Eindringen des Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume von Tieren und Pflanzen einen hohen Preis zu zahlen“, sagte Kotting-Uhl. Zusammenhänge zwischen Naturzerstörung und gesundheitlichen Risiken schienen klar, das Zurückdrängen der Natur, Reiseverkehr und globale Lieferketten ebneten Zoonosen – also Infektionskrankheiten, die bei Tieren und Menschen vorkommen – und Pandemien den Weg.

Auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) verwies auf den weltweiten Schutz der Natur, um dem Ausbruch neuer und gefährlicher Krankheiten vorzubeugen.

Rund 70 Prozent der bekannten Erreger stammen Experten zufolge ursprünglich aus dem Tierreich, darunter HIV, Ebola und SARS. Wenn das Gleichgewicht von Lebensräumen gestört wird, etwa weil Wälder für die Landwirtschaft gerodet werden, steigt Wissenschaftlern zufolge das Risiko für die Übertragung von Erregern auf Menschen. (dpa)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/wissen/forschung/bundestag-nimmt-uebertragung-von-tier-auf-mensch-in-den-blick-a3232917.html>

Auszug aus „Neues zum Corona-Virus, und was vernünftigerweise zu beachten ist gemäss Angaben und Empfehlung des Plejaren Ptaah“

Ein Infektionskontakt kann auch durch hustende und niesende infizierte Personen oder Hunde und Katzen erfolgen, weil auch Haustiere Träger des Coronavirus sein können. Auch der indirekte Weg über Kon-

taktinfektion bzw. Schmierinfektion mit den Viren auf Gegenständen, Körperoberflächen oder Nahrungsmitteln, auf denen infektiöse Expirationströpfchen niedergegangen sind, führen zur Kontaminierung, wenn sie anschliessend über die Schleimhäute, z.B. in Mund, Nase oder Augen, in den Körper gelangen. Eine Übertragung über den fäkooralen Weg und über andere Körperausscheidungen kann ebenfalls gegeben sein, wie auch über infizierte Tiere, Getier, Hauskäferarten und Kakerlaken usw.

Quelle:

https://www.figu.org/ch/files/downloads/coronavirus/003_neues_zum_coronavirus_und_was_vernunftigerweise_zu_beachten_ist_de.pdf

Neues zum Corona-Virus, und was vernünftigerweise zu beachten ist gemäss Angaben und Empfehlung des Plejaren Ptaah. Zur Information

Ptaah Erst entstand im September 2002 in der südchinesischen Provinz Guangdong die Seuche SARS, die bis dahin nicht bekannt war. Der Erreger der Seuche wies jedoch keine Parasiten auf, die sich an Wirtszellen vermehren können, wie Mycoplasma resp. winzige Bakterien aus der Klasse der Mollicutes, die aerob bis fakultativ anaerob leben, wie ebenfalls keine winzige Chlamydiaceae resp. gramnegative Bakterien, wodurch also keine Bakterieninfektion, sondern eine Virusinfektion vorlag. Also handelte es sich nicht um solche Erreger, die eine atypische Lungenentzündung resp. Pneumonie verursachen, sondern um ein Virus. Folglich war Antibiotika bei Erkrankten nicht wirksam, was innerhalb von 2 Jahren zu vielen Todesfällen führte, die offiziell mit etwas mehr als 1000 angegeben wurden, wahrheitlich jedoch sehr viel mehr waren. Das unbekannte Virus wurde dann als Coronavirus der Gattung Coronaviridae definiert, das in einem geheimen Forschungslabor aus einem Erreger eines Flugsäugers resp. einer Hufeisennasen-Fledermaus (Rhinolophidae) mutierte, obwohl behauptet wird, dass die Herkunft des Erregers unbekannt sei, jedoch vielleicht von Fledermäusen übertragen worden sein könne. Dieses Virus wurde dann als SARS-assoziiertes Coronavirus SARS-CoV bezeichnet, kurz jedoch einfach SARS resp. <Schweres akutes respiratorisches Syndrom>. Effectiv war es keine einfache Krankheit, sondern eine Seuche, die dann auch SARS-Pandemie genannt wurde.

Die Erregerübertragung erfolgte überwiegend durch eine direkte oder indirekte Tröpfchen-Infektion, und zwar durch einen Atem-Tröpfchen-Hauch.

1. **Erstens:** Beim Sprechen wird die Sprechatemluft als sehr feiner Tröpfchen-Hauch ausgestossen. Bei diesem Prozess wird die Atemluft jedoch nur an kalten Tagen, nicht aber an warmen Tagen sichtbar, hat jedoch die Eigenschaft, dass sich dieser Atem-Tröpfchen-Hauch in der Regel bei Kälte bis etwa einen halben Meter ausdehnt und folgedem von näher als 2 Meter zur sprechenden Person stehenden Sprechpartnern eingeatmet wird, was in dieser Weise zu Atem-Tröpfchen-Hauch-Infektionen führt. (Anm. Bei warmen Wetter breiten sich die Atemtröpfchen weiter aus, weil warme Luft mehr Feuchtigkeit aufnehmen kann, weshalb auf einen entsprechend grösseren Abstand zwischen 1 ½ und 2 Metern geachtet werden soll.)
2. **Zweitens:** An kalten Tagen kondensiert der Atemausstoss aus dem Mund, und so wird der Atem-Tröpfchen-Hauch sichtbar und erscheint wie kleine Nebelschwaden aus dem Mund.
3. **Drittens:** Kondensierender Atem-Tröpfchen-Hauch entsteht nicht nur beim Menschen, sondern auch bei Tieren und gewissem Getier.
4. **Viertens:** Beim Prozess des Atem-Tröpfchen-Hauchs, der, wie erklärt, nur an kalten Tagen, nicht an warmen Tagen gesehen werden kann, ist jedoch zu beachten, dass dieser auch zu warmen Zeiten beim Sprechen aus dem Mund ausgestossen und folgedem von nahestehenden Personen eingeatmet wird.
5. **Fünftens:** Atem-Tröpfchen-Hauch des Menschen, was nochmals erwähnt werden muss, wird immer dann sichtbar, wenn der feucht-warme Lufthauchausstoss aus dem Mund auf kalte und feuchte Aussenluft trifft. Dafür fundiert der Grund in einer physikalischen Luft-Eigenschaft, weil diese nämlich nur eine bestimmte Menge Wasserdampf aufnehmen und sichtbar werden lassen kann. Auch warme Luft nimmt Wasser auf, und zwar mehr als kalte Luft, wobei sich diese aus dem Mund ausstossende Warmluft in der Wärme, im Gegensatz zur Kälte, weiter und zudem unsichtbar ausbreitet, und zwar bis ca. zu zwei (2) Metern, was in etwa der äussersten Aushauch-Grenze entspricht.
6. **Sechstens:** Der Atem-Tröpfchen-Hauch des Menschen weist auch ein Gewicht auf, und zwar bei null Grad ergibt sich ein Gewicht je nach Person und pro Kubikmeter von ca. 4,5 – 4,8 Gramm, wobei sich bei 30 Grad ca. 30 Gramm ergeben. Der Atem-Tröpfchen-Hauch sättigt jedoch auch die Luft, folgedem sie diesbezüglich auch nur begrenzt Feuchtigkeit aufnehmen kann.

7. **Siebtens:** Wenn sich der Atem-Tröpfchen-Hauch immer weiter abkühlt, dann wandelt sich der Atem-Wasserdampf derart, dass winzige Hauch-Wassertröpfchen entstehen, die dann in der Luft schweben und sich ausbreiten.
8. **Achtens:** Der durch die Kälte sichtbar werdende Atem als Atem-Tröpfchen-Hauch ist einerseits umgebungstemperaturabhängig, andererseits aber auch von der Luftfeuchtigkeit. Sichtbarwerden der Atem-Tröpfchen-Hauch kann dabei erst ab einer niederen Temperatur produziert und sichtbar werden, und das auch nur dann, wenn die im ausgestossenen Atem enthaltenen Wasserdampfmoleküle derart schnell kondensieren, dass sie sofort als winzige Nebel kristallisieren.
9. **Neuntens:** Ein Infektionskontakt kann auch durch **ein Husten und Niesen** der infizierten Personen oder Hunde und Katzen erfolgen, weil auch Haustiere Träger des Coronavirus sein können. Auch der indirekte Weg über Kontaktinfektion bzw. Schmierinfektion mit den Viren auf Gegenständen, Körperoberflächen oder Nahrungsmitteln, auf denen infektiöse Expirationströpfchen niedergegangen sind, führen zur Kontaminierung, wenn sie anschliessend über die Schleimhäute, z.B. in Mund, Nase oder Augen, in den Körper gelangen. Eine Übertragung über den fäkooralen Weg und über andere Körperausscheidungen kann ebenfalls gegeben sein, wie auch über infizierte Tiere, Getier Kakerlaken und andere Hauskäferarten usw..

Dies alles ist auch der Fall bei der neuen Seuche, die einer Weiterentwicklung und Mutation aus der SARS-Seuche entspricht und sich nun schnell über die Erde als Pandemie ausbreitet, was jedoch von allen Verantwortungslosen und von den ihres Amtes Unfähigen und Unverantwortlichen der Gesundheitsorganisationen und Regierenden aller Staaten erst bagatellisiert und folglich die Tragik nicht erkannt wird, bis es zu spät sein wird und viele Tote zu beklagen sein werden.

Regeln, die beachtet werden sollen: (FIGU in Zusammenarbeit mit Ptaah)

Nach wie vor soll jede unnötige Ansteckungsgefahr konsequent vermieden werden, was bedeutet, dass der gesamte unnötige Reiseverkehr zum Zweck von Urlaub und Vergnügen usw. unterlassen und diesbezüglich Flugzeuge, Schiffe, Massentransportmittel und Menschenansammlungen jeder Art wo immer möglich gemieden werden sollen. Die Devise für Gesundheit und Sicherheit gilt: Es ist besser zu Hause zu bleiben und Kontakte nach aussen zu vermeiden, wie auch keine Familienanlässe zu veranstalten, wie Geburtstagsfeiern usw., als sich einer Ansteckungsgefahr auszusetzen oder im Fall einer bereits vorliegenden Infektion diese resp. die Viren wild in der Gegend zu verteilen und damit andere Menschen ziellos anzustecken.

Wie sich eine Ansteckung mit Corona-Viren äussert resp. welche Symptome sich z.B. zeigen, wenn Covid-19 akut geworden ist:

Eine Infektion mit dem Corona-Virus ist für Infizierte nicht sofort feststellbar, da die Inkubationszeit bis zum Ausbruch der Krankheit – entgegen falschen Erklärungen irdischer Mediziner – nicht 2 Wochen, sondern zwischen 2 und 4 Wochen und gemäss Angaben der Plejaren bis zu 3 Monaten dauern kann, je nach Stärke des Immunsystems sowie anderen Faktoren der infizierten Person. Bricht die Krankheit Covid-19 aus, dann sind die ersten Symptome in der Regel ein leichtes Kratzen im Hals, das anfänglich einen leichten Hustenreiz auslöst, der zum Husteln und dann später zu Husten führt. Dann tritt auch fluktuierendes Fieber auf, was heisst, dass das Fieber mal höher und mal niedriger ist, wie auch ein allgemeines Unwohlsein auftreten und, sobald die Symptome stärker werden, auch Atemnot eintreten kann sowie andere Symptome, die z.B. Grippeähnlichkeit haben. Covid-19 entspricht jedoch keiner Influenza resp. zeigt sie keine Grippe-symptome wie Gliederschmerzen etc. und ist auch nicht mit einer landläufigen Erkältung mit laufender oder verstopfter Nase und Schnupfen verbunden.

Warum vermehrt auch Europäer und nicht nur Asiaten resp. Angehörige der weissen Rassen an Covid-19 erkranken:

Seit seinem Auftreten in der Stadt Wuhan/China, sozusagen als Fortsetzung der SARS-Seuche, hat sich das Corona-Virus in seiner Verhaltensweise und Wirkungsweise sehr verändert. Es ist bedeutend aggressiver geworden und verbreitet sich deswegen auch in Europa unter Menschen mit einem stärkeren Immunsystem sehr viel schneller und stärker. Offenbar ist zumindest das Immunsystem der Norditaliener oder Italiener überhaupt derart beschaffen, dass es gegenüber dem Virus anfälliger ist und daher vom aktuellen mutierenden Corona-Virus eher angegriffen werden kann, als das Immunsystem anderer Völker in Europa.

Wie lange das Corona-Virus noch wüten wird und zu hoffen ist, dass es sich zurückzieht, sobald die Temperaturen steigen?§

Zur gegenwärtigen Zeit ist noch nicht absehbar, wie lange das Corona-Virus noch aktiv bleiben wird. Je-

doch ist bereits jetzt festzustellen, dass es sich bei steigenden Temperaturen wohl nicht abschwächen wird. Influenza- und einige andere Viren reagieren empfindlich auf wärmere Aussentemperaturen und ziehen sich deswegen im Frühling und in den Sommermonaten eher zurück, das heisst, sie werden inaktiv. Beim Corona-Virus spricht die Beobachtung gegen diese Temperaturabhängigkeit, da es nicht nur in kälteren Zonen unseres Planeten aggressiv auftritt, sondern auch in Südostasien und z.B. Australien und in anderen warmen Ländern, wo es sich ebenso schnell ausbreitet wie bei uns. Folglich ist festzustellen, dass das Virus keiner Klimaabhängigkeit unterworfen ist und dass eine Ansteckungsgefahr ebenfalls klimaunabhängig ist.

Auf welchen Wegen wird das Virus übertragen, und wie hoch ist seine Überlebensdauer ausserhalb des menschlichen Körpers?

Im Gegensatz zu anderen Viren ist die Überlebensdauer des Corona-Virus sehr, sehr, sehr hoch! Es kann sich ausserhalb des menschlichen Körpers nicht nur über wenige Stunden aktiv erhalten, wie das bei anderen Viren der Fall ist, sondern eben über sehr, sehr viele und mindestens bis zu und über 24 Stunden hinweg, wenn nicht sogar – bei günstigen Bedingungen – über Tage.

Die Corona-Seuche wird von infizierten Personen durch **Expirationströpfchen** weiterverbreitet, wie solche beim Abhusten, Ausatmen und Sprechen als Atem-Tröpfchen-Hauch vom Menschen aus dem Mund ausgestossen werden und sich über die Luft dann auch auf den Kleidern der Infizierten absetzen, sowie auf Lebensmitteln und an beliebigen Oberflächen, wo es, wie bereits anfangs gesagt, sehr, sehr lange Zeit aktiv bleibt, ehe es dann endlich abstirbt. Es ist also durchaus möglich, sich bereits dadurch anzustecken, indem man einen infizierten Menschen an seinen Kleidern oder am Körper streift und das Virus von dessen Kleidern auf die eigenen übertragen werden, oder indem z.B. eine Frucht oder etwas anderes gegessen wird, die/das zuvor von einem Infizierten mit einer Tröpfchenausstossung kontaminiert wurde. Werden Kleider infiziert, reicht es nicht, diese über Nacht ins Freie zu hängen, weil das Virus daran lange aktiv bleibt, sondern sie müssen mit einer 60 °C-Wäsche gewaschen werden, damit das Virus sicher abgetötet wird.

Es ist deshalb also darauf zu achten, dass zu anderen Menschen ein Mindestabstand von 1 1/2 bis 2 Meter Distanz eingehalten werden muss. Ebenso vernünftig ist das, was aktuell propagiert wird, nämlich niemandem die Hand zu geben und die Hände regelmässig zu desinfizieren, wenn eine Berührung eines anderen Menschen nicht umgangen werden kann, oder wenn im öffentlichen Raum z.B. Türklinken oder Haltegriffe etc. angefasst werden müssen. Statt den öffentlichen Verkehr zu benutzen ist es angezeigt, wo immer möglich, mit dem eigenen Auto zu fahren und auch an diesem z.B. Türgriffe und Steuerrad regelmässig zu desinfizieren.

Wie kann das eigene Immunsystem am besten unterstützt werden?

Allein die Einnahme von zusätzlichem Vitamin C genügt nicht, um das eigene Immunsystem genügend aktiv zu halten. Für eine Stärkung und Unterstützung des Immunsystems sind noch weitere andere Vitamine und Spurenelemente sowie Vitalstoffe unabdingbar, wie z.B. Zink, Vitamin B12, Vitamin E, etc. Es ist deshalb angezeigt, über eine gesunde und sorgfältige Ernährung hinaus auch regelmässig ein gutes Multivitamin-Präparat zu sich zu nehmen, und zwar in mindestens doppelter Dosierung als von den Herstellern empfohlen wird. Leider sind alle auf dem freien Markt erhältlichen Supplemente stark unterdosiert, was auch vielen unserer Ärzte bekannt ist, weshalb eine auf das Doppelte erhöhte Dosierung eines Multivitaminpräparates in der Regel nicht nur unbedenklich, sondern angezeigt ist. Dass aber durch die Einnahme von Vitamin C und Multivitamin-Präparaten eine Infizierung durch das Virus verhindert werden kann, das ist nicht möglich, auch wenn durch solche Präparate das Immunsystem und diverse Organe und Körperfunktionen gestärkt werden.

EU-Gerichtshof – ein willkürliches Gericht mit Eigendynamik

EU-No-Newsletter, News | 25. Mai 2020

Aus der EU heisst es klar und überheblich: «Das letzte Wort zu europäischem Recht wird immer in Luxemburg gesprochen. Nirgendwo sonst.» Falls wir als unabhängiges Land mit einem ausgeprägten Demokratieverständnis entsprechenden Prinzipien der Gewaltenteilung und erfolgreichem Föderalismus uns dem EU-Rahmenabkommen beugen, dann sind wir ebenfalls dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg und dessen Zentralisierungstendenzen untergeordnet. Damit kann dieses Gericht sich über die Schweizer Verfassung und Gesetze hinwegsetzen und eigene Politik betreiben. Das ist eine klare Politisierung und Instrumentalisierung der Gerichte für die Zwecke der EU. Wir wären der Willkür der Richter in Luxemburg ausgeliefert.

Es scheint, dass Gesetze und Gerichte eines souveränen Staates in der Europäischen Union (EU) wenig Bedeutung haben respektive geradezu ignoriert werden. Ein aufsehenerregender Fall des deutschen Bun-

desverfassungsgerichts (BVerfG) wurde kürzlich von der EU scharf kritisiert. Die EU-Kommission sah im Urteil des BVerfG ihre eigene Hoheit verletzt. Im Konkreten ging es in diesem Urteil darum, dass das BVerfG in Karlsruhe ein Staatsanleihen-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) verurteilte und von ihr verlangte, dass sie innerhalb von drei Monaten beweisen muss, dass das Programm rechters war. Ansonsten würde die deutsche Bundesbank nicht mehr mitmachen können. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission empfand es als eine Anmassung und war dementsprechend in ihrer Aussage scharf und eindeutig. In ihrer Stellungnahme meinte sie: «Das letzte Wort zu europäischem Recht wird immer in Luxemburg gesprochen. Nirgendwo sonst.» F Damit machte sie unmissverständlich klar, dass die nationalen Gesetze und Gerichte der EU-Mitgliedstaaten sowie auch die entsprechenden demokratischen Prozesse untergeordnet sind und de facto bedeutungslos werden können. Blinden Gehorsam verlangt Brüssel offenbar von seinen Mitgliedstaaten. Nebst der Souveränität eines Landes missachtet die Kommissarin zudem das urdemokratische Prinzip der Gewaltenteilung. Die scharfe Verurteilung aus Brüssel ist ein weiteres Beispiel dafür, dass in der EU Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eine oberflächliche Rolle zu spielen scheinen respektive allzu gerne als Floskeln und Rhetorik für Eigenwerbung herhalten müssen. Der Wille des Volkes und die Souveränität eines Landes finden die Kommissare der EU augenscheinlich ein hinderliches Übel, welches man durch politische Mechanismen austricksen muss. Das ist äusserst bedenklich und wirft Fragen auf. Will die Schweiz sich einem solchen EU-Diktat wirklich mit einem Rahmenabkommen unterwerfen?

Falls wir als unabhängiges Land mit einem ausgeprägten Demokratieverständnis, entsprechenden Prinzipien der Gewaltenteilung und erfolgreichem Föderalismus uns dem EU-Rahmenabkommen beugen, dann sind wir ebenfalls dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg und dessen Zentralisierungstendenzen unterstellt. Damit kann dieses Gericht sich über die Schweizer Verfassung und Gesetze hinwegsetzen und eigene Politik betreiben. Das ist eine klare Politisierung und Instrumentalisierung der Gerichte für die Zwecke der EU. Wir wären der Willkür der Richter in Luxemburg ausgeliefert. Und es scheint augenfällig, dass die EU und ihr Gericht Eigeninteressen verfolgen. Wie fälschlicherweise Schweizer EU-Turbos immer gerne ins Feld führen, sieht man an diesem Beispiel, dass der EuGH ganz und gar keine neutrale und unabhängige Instanz ist. Die EU geht sogar so weit, dass Berlin offen gedroht und die deutsche Regierung unter Druck gesetzt wird, das eigene Gerichtsurteil des BVerfG nicht zu befolgen. Brüssel baut den Druck auf die Regierung aus, weil die Kommission nicht gegen ein nationales Gericht vorgehen kann. Wieviel mehr käme die Schweiz unter die Räder, wenn wir mit dem Rahmenvertrag an diese Mechanismen und Technokratie angedockt wären?

Von links bis rechts müssten in der Schweiz die Alarmglocken läuten. Es kann nicht sein, dass der EuGH mittels der Kommission nationale Gesetze missachtet und grundlegende demokratische Prinzipien aushebelt. Das würde uns auch mit dem Rahmenabkommen und der Anbindung an die EU-Institutionen blühen. Als Land, welches das Volk als den höchsten Souverän, sowie den gelebten Föderalismus und die Gewaltenteilung als wichtige Grundlage ihres politischen Systems sieht, können wir uns eine Anbindung an die EU nicht leisten. Wir würden unsere Werte und Prinzipien verraten. Jene, die die Rolle des EuGH und der EU-Kommission herunterspielen, werden hier eines Besseren belehrt.

Quelle: <https://eu-no.ch/eu-gerichtshof-ein-willkuerliches-gericht-mit-eigendynamik/>

Die digitale Allmacht

Mittwoch, 27. Mai 2020, 09:15 Uhr

Elektronische Überwachung und Verhaltenssteuerung ersetzen
heute die archaische Vorstellung vom allsehenden Auge Gottes.
von Rupert Bucher

Die Vernetzung ist ein verführerischer Slogan. Je mehr alles mit allem zusammenhängt, desto mehr fühlen wir uns verbunden, desto weniger kommen Gefühle der Isolation auf. In Corona-Zeiten ist die digitale Anbindung an das grosse Netz der Informations- und Kommunikationsangebote für viele Einsame die Rettung vor dem psychischen Absturz. Doch das allgegenwärtige Angeschlossen- und Eingebundensein hat erhebliche Schattenseiten. Nicht nur du kannst überall hinsehen — von überall her wirst du angesehen, bespitzelt, kontrolliert. Wer sich beobachtet weiss, verhält sich nicht mehr natürlich und passt sich unbewusst dem mehrheitlich erwarteten Verhalten an. Die traditionellen Religionen kannten die Vorstellung von einem Gott, der all unsere Handlungen sehen kann, der selbst ins Innerste unseres Herzens und unserer Gedanken hineinblickt. Das digitale Heilsversprechen ist insofern heute an die Stelle Gottes getreten.

Der Mensch denkt in Bildern und Geschichten und handelt danach. Zu deren wirkmächtigsten gehört das Bild der Allmacht, die Geschichte des biblisch-christlichen Vätergottes im Himmel, der gütig und bestrafend seinen Blick auf die auserwählten Gläubigen wirft. Die Dynamik der patriarchalen Allmacht beobachten wir in den Ländern Europas entlang seiner über lange Zeit vorherrschenden ständischen Gesellschaft.



Foto: Vasin Lee/Shutterstock.com

Der erste Stand des Klerus mit dem einfachen Priester zuunterst und dem Papst an der Spitze stand stellvertretend für die göttliche Allmacht. Der zweite Stand bestand aus dem Adel mit dem König- und Kaisertum an der Spitze, und der dritte, der allein Steuern zahlende, bestand aus dem Bürgertum und der freien Bauernschaft. Bis zum Beginn der Neuzeit bewegte sich das Zepter der Allmacht zwischen der kirchlichen und der weltlichen Macht hin und her. Mit Beginn des kapitalistischen Wirtschaftens tritt der bürgerliche Stand auf die Bühne der Allmacht und etabliert in der Republik seine eigene politische Ordnung. Erst die Demokratie garantiert all die bürgerlichen Freiheiten, die für uns heute so selbstverständlich sind.

Das Fundament, die Autorität dieser neuen bürgerlichen Ordnung, bildet die Vernunft, welche in der Aufklärung ihr Programm der Befreiung aus feudaler Herrschaft verkündet und die göttliche Allmacht abschafft und somit beendet hat. Etwa zeitgleich befreit sich auch die Wissenschaft an den Universitäten aus der theologischen Bevormundung.

Was beständig bleibt, ist die Erzählung der Allmacht, welche in den Weltmachtbestrebungen der europäischen Kolonialmächte einen beispiellosen Siegeszug der Vernunft erfährt. Allein durch die Überlegenheit der Waffen gehört ihnen die Welt, deren Ausbeutung wird zur Grundlage des Reichtums, den wir heute noch genießen.

Siegeszug der digitalen Technologie

Seit etwa drei Jahrzehnten erleben wir den Siegeszug der neuen, digitalen Technologie. Sie liess wenige Weltkonzerne mit einer Machtfülle und einem Finanzkapital entstehen, neben der die politische Macht der einzelnen Staaten verblasst. Als gemeinsames Geschöpf von Wissenschaft, Technik und Unternehmertum hat die Digitalisierung in diesen wenigen Jahrzehnten der Wissenschaft eine Erkenntnisexplosion, der Wirtschaft ungeahnte, riesige Märkte — aber auch Konzerne — und den Konsumenten der digitalen Medien Vernetzungs- und Zerstreuungsmöglichkeiten gebracht, die zuvor undenkbar waren.

Mit anderen Worten, die digitale Macht vereint zuvor streng getrennt gedachte Bereiche der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft, der Politik und der Konsumenten in einem einzigen Gebilde, für das es noch keinen Namen gibt.

Zusammenfassend können wir den Weg von der göttlichen Allmacht hin zur Allmacht der bürgerlichen Vernunft — beide sind patriarchal — und gegenwärtig zur digitalen Allmacht aufzeigen.

Zum Wesen der Allmacht gehört die totale Kontrolle. Ohne sie keine Allmacht. Macht ohne Kontrolle ist wie ein Festmahl ohne Speise. Die Kontrollhandlung bezieht ihre Energie aus der Angst, was, solange die Kontrolle wirkt, für niemanden sichtbar ist. Erst die Reaktion auf den Verlust der Kontrolle offenbart diesen ansonsten verborgenen Zusammenhang. Die Allmacht steht also in direkter Verbindung zur Leere des Nichts, durch die alle menschliche Existenz jederzeit bedroht ist.

Militärische Allmacht

Besonders eindrücklich zeigt sich dies im jahrtausendealten Bestreben, mittels des technologischen Fortschritts Waffen zu entwickeln, die denen des Gegners überlegen sind und dadurch den Weg zur Allmacht frei machen. Die technologische Entwicklung der Waffen war nach dem Abwurf der beiden Atombomben in Japan zum Ende des Zweiten Weltkrieges der Beginn des atomaren Zeitalters. Dann, während der Ku-ba-Krise 1962, brachte sich die Welt direkt an den Rand des Abgrunds eines Atomkrieges, der mit der

Selbstvernichtung des Menschen geendet hätte. Die militärische Allmacht dokumentiert, stellvertretend für alle Bestrebungen gleicher Art, wo sie endet: in der Selbstzerstörung der Leere des Nichts.

In Zeiten des politisch verordneten, wirtschaftlichen Stillstandes und der sozialen Isolation hält die digitale Vernetzung die lebensnotwendigen Aktivitäten aufrecht. Der Onlinehandel, das Homeworking und Homelearning, Video-Konferenzen, die sozialen Netzwerke und die digitale Unterhaltungsindustrie mit ihrer Spiele- und Filmwelt, um nur die wichtigsten zu nennen, sicherte die Verbindung nach draussen und füllte den ansonsten eher leeren Alltag vieler Menschen.

Die digitale Vernetzung wurde in der Corona-Krise zur lebensversorgenden Nabelschnur, zur nährenden und beschützenden Mutterbrust der ihrer Freiheiten beraubten Menschen weltweit.

Die Kontrolle des Virus treibt direkt in die Angst vor dem Virus. In dieser Angst erstarrt, nehmen wir selbst den Verlust der Freiheit hin und kehren zurück in den Zustand des Untertanen. Dabei bleibt verborgen, wie die digitale Macht in Riesenschritten der Allmacht entgegengeht, indem sie uns alle vor der Katastrophe der Einsamkeit in der sozialen Isolation gerettet hat. Undenkbar die Vorstellung, wir hätten in dieser Notlage kein Smartphone, keinen Laptop oder herkömmlichen PC. Wir hätten keine Filme, keine Spiele, keine Informationen, keine sozialen Kontaktmöglichkeiten ausser dem Telefon. Es wäre eine Situation ohne Lebensader, über Wochen und Monate der Stillstand der Leere des Nichts.

Retterin der Menschheit

Die digitale Technik mit ihren Global Playern avanciert gerade zur Retterin der Menschheit und übernimmt das Zentrum der Allmacht. Die Technik des 19. Jahrhunderts war, wie die Wissenschaft und alle Politik, ein Geschöpf der patriarchalen Allmacht mit selbstverständlichem Ausschluss der Frau. Die digitale Technik können wir als ein Geschöpf des versteckten Matriarchats verstehen, das sich parallel zur gestaltenden Kraft des Autoritären entwickelte. Beide, das versteckte Matriarchat wie die digitale Technik, agieren als Wohltäter und Retter der Menschheit, bemüht in der Sorge um unser Wohlbefinden, ganz und gar nährend, alle verbindend und informierend.

Nebenbei beschert sie der Wissenschaft eine Erkenntnisexplosion, die auch diese endgültig in die Sphäre der Allmacht vordringen lässt. So verwundert es nicht, dass ein Zweifel an ihren Aussagen den Kritiker zum Verschwörungstheoretiker werden lässt. Von der Majestätsbeleidigung und Zensur scheinen wir nicht mehr weit entfernt zu sein.

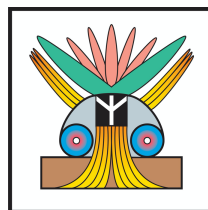
Das Verhalten des digitalisierten Menschen gleicht dem des unter der liebenden Kontrolle des Mütterlichen aufwachsenden Kindes. Da es die permanente mütterliche Kontrolle als natürlichen Ausdruck mütterlicher Liebe nicht in Frage stellen, noch nicht einmal als Macht und Kontrolle — als verstecktes Matriarchat — erkennen kann, gibt das Kind freiwillig den Wunsch nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit auf. Ein Dozent berichtet, dass junge Studenten aktuell in Begleitung von Mutter und Vater an der Hochschule vorsprechen. Die Eltern erkundigen sich, was alles für ihr „Kind“ getan wird, wenn es sein Studium beginnt. In der Behütung ist der stillschweigende Verzicht auf die Freiheit eines eigenen Lebens enthalten. Der zu zahlende Preis ist der Verzicht auf persönliche Entwicklung.

Vergleichbares geschieht bei den digitalen Medien. Freiwillig oder ohne Kenntnis werden Informationen preisgegeben, Einblicke in intim Privates gewährt und im komfortablen Genuss wie an Mutters Brust gesaugt und nicht mehr abgestellt. Gleichzeitig bauen die digitalen Konzerne ständig weiter an den Strategien und Mechanismen einer immer perfekteren Kontrolle des sich nährenden Konsumenten, die nach und nach für viele andere Zwecke, auch der politischen Überwachung, eingesetzt und dafür verkauft werden.

Die Kontrolle wird so zur gewinnbringenden Ware der digitalen Konzerne und unterliegt damit den gleichen Marktmechanismen der Maximierung von Gewinnen.

Die Kontrolle wird nirgendwo halt machen und dort enden, wo alle Allmacht endet. Wie dieses Ende aussehen wird, entzieht sich unserer Vorstellung.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-digitale-allmacht>





Ur-Symbol Überbevölkerung

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300x300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

Jeder am Auto angebrachte Kleber hilft mit, das richtige Friedenssymbol zu verbreiten, die Menschen wachzurütteln und sie auf die grassierende, weltzerstörende Überbevölkerung aufmerksam zu machen.

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; **FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN** erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ **Telephon** +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / **Fax** +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



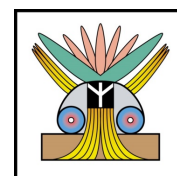
© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universal», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz